

Politische Berichte ★

Nummer 21 / 15. Jahrgang

20. Oktober 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zölpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

Wohin die Reise?

Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen

Die reaktionäre Entwicklung der BRD wird durch das Ergebnis der Bundestagswahlen nicht gestoppt.

Falsch wäre der Eindruck, es bleibe alles beim Alten. Richtig ist: es geht weiter. Wohin und wie geht es weiter? Es zeigt sich, daß gerade die Schwächung der F.D.P. die Partei noch verfügbarer für die Kapitalisten macht. Örtliche Funktionäre und Parteigliederungen müssen nun noch weniger gefragt werden, die jeweiligen Verbände können sich direkt an den Vorstand halten und bei Kinkel für Durchpeitschung ihrer Wünsche anrufen. Die F.D.P. wird also den Part des Scharfmachers für das große Eigentum und die Konzernvorstände übernehmen. Die Unionsparteien können dagegen ab und an ihren „sozialen“ Anspruch herauskehren. Eine solche Entwicklung hat wohl auch Kohl im Auge, wenn er ankündigt, dieses Mal werde es keinen ausgefeilten Koalitionsvertrag geben.

Erste Vorhaben sind schon in den Wahlprogrammen angekündigt. So will die F.D.P. ein neues „Tarifvertragsgesetz“, das zutreffender „Tarifbruch-Gesetz“ heißen sollte. Das Gesetz soll dazu führen, so die F.D.P. in ihrem Wahlprogramm, daß „Tarifverträge ... grundsätzlich Revisionsklauseln für ... Absenkungen der Tariflöhne enthalten“. „Es gibt keinen Mangel an Arbeit, sondern einen erheblichen Mangel an bezahlbarer Arbeit“, formuliert die Par-

tei die Lohnsenkungswünsche der Konzerne. Weitere Deregulierungswünsche verbinden sich auch mit der F.D.P.-Forderung, die Befristung des sog. „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ mit seinen vielfältigen Genehmigungen für Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge u.ä. gänzlich aufzuheben. Das geltende Gesetz ist bis 1999 befristet.

Schon vorher wird die neue Koalition bei der Beratung des Bundeshaushalt 1995 erste Angriffe vorbringen. So wünschen F.D.P. und Union weitere Verringerungen der Sozialhilfe und die Befristung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre. Die F.D.P. fordert „ABM-Tarife unterhalb der normalen Tariflöhne“. Schon einig ist man sich bei Unionsparteien und F.D.P. in dem Vorhaben, die Arbeitslosenbeiträge zu senken, um die Kapitalisten von Beiträgen zu entlasten. ABM, Umschulungen u.ä. sollen aus Steuermitteln finanziert werden, was eine Verlagerung der Kosten auf die Lohnabhängigen bedeutet.

Die notwendige Differenzierung dieses rabiaten Konfliktkurses soll durch weitere Attacken auf die Bevölkerung ohne deutschen Paß geschehen. „Wir werden dafür eintreten, daß alle Fälle von Landfriedensbruch als zwingende Ausweisungsgründe im Ausländergesetz verankert werden“, kündigen die Unionsparteien an. Auch die F.D.P. will eine „Novellierung des Ausländergesetzes“. So soll der Widerstand gera-



Aus Protest gegen ein Massaker des türkischen Staates an kurdischen Gefangenen in Diyarbakır, bei dem am 4. 10. mehrere Gefangene ermordet und Dutzende schwer verletzt wurden, haben in mehreren Städten der Türkei Hungerstreiks begonnen (Bild: Ankara). Eine Demonstration gegen die Massaker in Köln am 16. Oktober wurde verboten. — (rül Bild: Özgür Ulke)

de von jugendlichen Ausländern, die oft genug in der BRD geboren sind, gegen mögliche Abschiebungen in die Herkunftsänder ihrer Eltern geschwächt werden. Ihnen will die F.D.P. eine „Erweiterung des Rückkehrrechts“ anbieten, wenn sie die BRD verlassen.

Ein solcher sozialer Konfrontationskurs bedarf der Absicherung durch harte Repression. Die Union will u. a. eine Neufassung der Strafandrohung des „Landfriedensbruchs“. Bei Straftaten „aus der Menge heraus“ sollen auch unbeteiligte Personen in dieser Menge verhaftet und strafrechtlich verfolgt werden können. Die F.D.P. will die Möglichkeit der Untersuchungshaft ausdehnen, indem die „Regelerfordernis der Vorverurteilung“ eratzlos gestrichen wird.

In der Außenpolitik tritt die F.D.P. dafür an, die „Auslandsdeutschen“ stärker in das politische Geschehen in der BRD einzubinden. Sie verlangt eine „Erweiterung des Wahlrechts für Auslandsdeutsche“. Ein solches Wahlrecht im Ausland soll die Verfügbarkeit von BRD-Staatsbürgern im Ausland für außenpolitische Zwecke der Regierung erhöhen und so weitere Einmischungsmöglichkeiten in fremde Staaten schaffen — zusätzlich zu den von der Rechten geschürten großdeutschen Territorialansprüchen. Zum Schutz solcher „Auslandsdeutscher“ kann dann die Bundeswehr eingreifen, die die neue Regierung seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit einfacher Mehrheit in Marsch setzen darf.

Quellen: Wahlprogramme — (rül)

Geschiedene bleiben verdammt

Wer sich scheiden läßt und und dann auch noch wieder heiratet, der ist nach Auffassung der katholischen Kirche, zumindest seit dem Tridentinischen Konzil (1545 bis 1563), verdammt und gehört aus der Kirche ausgeschlossen. Die vatikanische Glaubenskongregation (frühere Inquisition, die Hunderttausende auf die Scheiterhaufen brachte wegen angeblicher Vergehen gegen die Gesetze des Gottes der christlichen Kirche) hat in einem wenigen Tage vor den Wahlen veröffentlichten Befehlswort an die Bischöfe in Deutschland die Verdammung der geschiedenen Wiederverheirateten noch einmal ausdrücklich bekräftigt.

Ihren Durchgriff auf Sexualität, Frau, Mann, Ehe und Familie konnten die Kirchen, nicht nur die katholische, über ihre Verbindung mit der Feudalherrschaft früher auch strafrechtlich durchsetzen. Noch vor zweihundert Jahren wurde jemand, der es gewagt hatte, sich nur zivilrechtlich trauen zu lassen, in Preußen gehängt. Im Zusammenhang der Frage, daß die Pfaffen und das kirchliche Brimborium bei der Ehe-

schließung nichts verloren hätten, führten die Philosophen Kant, Mendelssohn und andere 1784 in der *Berlinischen Monatsschrift* die Auseinandersetzung über die Frage „Was ist Aufklärung?“ und forderten dazu auf, „den Schritt zur Mündigkeit“ zu wagen und die verordneten Jocher abzuschütteln, nicht zuletzt die kirchliche Unterdrückung. Im Gefolge der bürgerlichen Revolution in Frankreich wurde erstmals die Ziviltrauung durchgesetzt. In Deutschland galt erst seit 1875 (gegen großen Widerstand der katholischen Kirche), daß eine Ehe nur vor dem Standesamt rechtswirksam geschlossen werden kann. Obwohl dieser direkte Zugriff der Kirche auf das Sexualverhalten und die Eheschließung durch die Trennung von Kirche und Staat in diesem Punkt aufgehört hatte, sah sich die Justiz an die unbedingte Verbindlichkeit eines „christlichen Sittengesetzes“ gebunden und ging in Fragen der Ehescheidung grundsätzlich von der Unaflöslichkeit der Ehe aus. Die Zivilsenate des Bundesgerichtshofes der BRD hatten ihre Rechtsprechung in den fünfziger und

sechziger Jahren immer mehr im Sinne einer Aufrechterhaltung der Ehe verschärft.

Diese Rigidität konnten gesellschaftliche Vormünder und ihre Justiz bei zunehmender Mobilität der Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht halten. Z.B. stieg die Zahl der abhängig beschäftigten Frauen deutlich an. Ein neues Gesetz (1977 in Kraft getreten) wurde gefaßt, das die Ehescheidung etwas erleichterte. Das Recht auf Ehescheidung wurde dabei durch den Staat aber an den Zwang auf lebenslängliche Haftung bei Renten u. a. gebunden.

Die wachsende Zahl der Geschiedenen und der dann Wiederverheirateten hat die Situation in der katholischen Kirche verändert. Die Verdammung und der Ausschluß von der Sakramentsteilnahme trifft so viele Mitglieder in der Kirche, daß den Bischöfen in Deutschland ihre kirchliche Einwirkungsmöglichkeit schwindet und natürlich auch die Mitgliederzahl und die Kirchensteuern. Drei Bischöfe machten öffentlich den Vorschlag, Schwierigkeiten in Einzelfallklärung zu lösen und

Ratzinger rügt öffentlich die deutschen Bischöfe

die Verdammung zurückzustellen, nicht grundsätzlich, aber vorerst einmal. Dem Vatikan, der die kirchlichen Gesamtinteressen vertritt, kennt das weltweite Rumoren über diese Frage, befürchtet einen nicht wiedergutzumachenden Abbau der katholischen Position, auch gerade im weltweiten Versuch der katholischen Kirche, andere Kirchen als nicht selig machende zurückzudrängen. Der Vatikan stärkt sicher damit Positionen im deutschen Klerus und auch das Bestreben anderer konservativer politischer Kräfte, die das Ziel haben, soziale Sicherungssysteme, die die Arbeiterbewegung erkämpft hatte, zugunsten der „Ordnungszelle Familie“ auszuhöhlen und zu beseitigen. In der konkreten Frage haben die drei Bischöfe erklärt, sie würden diese Frage der Sakramentszulassung weiter in Richtung Einzelfallklärung untersuchen wollen. Die Auseinandersetzung ist damit nicht beendet. Auch im Sinne der Aufklärung und der Emanzipation der Menschen nicht. Quellen: „Kölner Stadt-Anzeiger“ u. a. Tageszeitungen vom 15. 10. 94 — (gba)

Wo abgeschoben wird, gibt es Tote . . . !

Für Kinkel ist das kein Grund zur Beschwerde. Trotz drei Toten und schwerer Mißhandlungen kanzelt das Auswärtige Amt den Botschafter Nigerias wegen seiner öffentlichen Kritik rüde ab

Als „Beziehungen“, an denen „nichts Wahres“ sei und die „wider besseres Wissen“ erhoben werden seien, hat Bundesinnenminister Kanther bereits am 4. Oktober auf einer Pressekonferenz die Vorwürfe der nigerianischen Botschaft in Bonn wegen Mißhandlung von Flüchtlingen in der BRD und mysteriöser Todesfälle (wir berichteten) schroff zurückgewiesen.

Zugleich legte er eine „Dokumentation“ vor, in der die Bundesregierung auf die 23 Todesfälle von Nigerianern antwortet, um deren Aufklärung die Botschaft gebeten hatte. Inhalt: In 16 der von der nigerianischen Botschaft genannten Todesfälle seien die Nigerianer eines „natürlichen Todes“ gestorben (Badeunfälle, Verkehrsunfälle u.ä.). „Nur“ 14 der 23 gestorbenen Nigerianer hätten Asyl in der BRD beantragt. „Nur“ in zwei Fällen hätten die Nachforschungen Selbsttötung in der Abschiebehafte ergeben, aber auch dort könne niemand den Sicherheitsbehörden, so Kanther wörtlich, auch nur „den leisesten Vorwurf machen“.

Knapp eine Woche später setzte Außenminister Kinkel nach. Ein subalterner Beamter des Auswärtigen Amtes bestellte den Botschafter Nigerias ein und übergab diesem eine „Verbalnote“, in der die Bundesregierung die Vorwürfe samt und sonders zurückweist. „Das Auswärtige Amt weist diese nach Form und Inhalt nicht akzeptablen Behauptungen klar und deutlich zurück“, heißt es in der gleichzeitig verbreiteten Presseerklärung. Auch die Selbsttötungen in der Abschiebehafte seien „auf persönliche Gründe“ zurückzuführen. „Die Ergebnisse der zuständigen Länderbehörden machen die Haltlosigkeit der nigerianischen Beschuldigungen deutlich.“

Die Unverfrorenheit, mit der die Bundesregierung die nigerianischen Vor-



würfe in der Öffentlichkeit zurückweist, ist extrem. Zumal der Anlaß der Demarche des Botschafters, der Tod eines Nigerianers bei seiner gewaltsamen Abschiebung schon im Flughafen von Frankfurt, ein bezeichnendes Licht auf die menschenverachtenden Praktiken dieser Abschiebungen wirft. In den Frankfurter Todesfall haben sich inzwischen auch Pro Asyl, die Pilotenvereinigung Cockpit und Ärzteorganisationen eingeschaltet, u. a. der Verein Demokratischer Ärzte und die Frankfurter Sektion des IPPNW, der internationalen Ärztevereinigung für die Verhütung des Atomkriegs.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Frankfurt noch einen Tag nach dem Tod des Nigerianers von einem Tod durch „natürliche“ Ursachen gesprochen hatte, stellt sich der Vorfall inzwischen selbst für die beileibe nicht linke FAZ

so dar: „Der Nigerianer war gefesselt, mit Beißschutz versehen und einer Beruhigungs-Injektion im Körper von Grenzschutzbeamten und einem Art gegen seinen Willen ins Flugzeug gebracht worden. Dort starb er unter letztlich noch nicht geklärten Umständen. Die Pilotenvereinigung „Cockpit“ hat wegen dieser Details angekündigt, über ihre Haltung zur Abschiebung von Ausländern auf dem Luftweg neu nachzudenken . . . Pro Asyl verlangte die Einsetzung eines Bundestags-Untersuchungsausschusses unmittelbar nach der Wahl am 16. Oktober. Claus Metz von der Ärztevereinigung gegen den Atomkrieg sagte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Die obduzierten Ärzte scheinen im Obduktionsbericht den behandelnden Arzt zu decken.“ Die Ärztevereinigung nimmt an, daß die Beruhigungsspritze für den Erstik-

kungstod des Nigerianers mitverantwortlich ist.“

Außerdem, so Metz gegenüber den Politischen Berichten, sei offen, ob die in solchen Fällen üblichen Wiederbelebungsversuche überhaupt gemacht wurden. Am 10. Oktober legten IPPNW, Pro Asyl und Demokratische Ärzte deshalb der Frankfurter Staatsanwaltschaft, die inzwischen gegen den Nigerianer begleitenden Arzt Ermittlungen aufgenommen hat, in einem offenen Brief 18 Fragen vor. Tenor: Fünf Wochen nach dem Tod seien noch immer nicht die Todesursachen festgestellt, wieso wurden keine Wiederbelebungsversuche gemacht, wieso wurde die lebensgefährliche Kombination von Fesselung, „Beißschutz“ und Injektion bei einer gewaltsamen Abschiebung nicht vermieden usw.

Für die Menschenverachtung, die Auswärtiges Amt und Bundesinnenministerium gegenüber der nigerianischen Beschwerde an den Tag legen, aber auch für die unmenschlichen Abschiebepraktiken des BGS und anderer damit befaßter Behörden ist der Frankfurter Todesfall ein weiteres Beispiel. Die Beschwerde des nigerianischen Botschafters war mehr als angebracht. Sie unterstützt alle die Kräfte, die sich darum bemühen, den Praktiken von Grenzschutz und Behörden bei den immer mehr zunehmenden gewaltsamen Abschiebungen öffentlich entgegenzutreten.

Quellen: Presseerklärung der Staatsanwaltschaft Ffm. zum Todesfall Kola B., 1.9.94; Antwort des BMI auf die nigerianische Beschwerde vom 4.10.; FAZ vom 5.10.; FAZ, Lokalteil Ffm, 6.10.; Antwort des Auswärtigen Amtes auf die nigerianische Beschwerde, Pressemitteilung vom 10.10.; Pro Asyl, IPPNW, VDÄ Ffm. vom 10.10. — (rül)

AKTUELL IN BONN

Bleibende Wohnungsnot?

Das Angebot an Wohnungen wird nach der Erwartung des Münchener Ifo-Instituts in den kommenden zehn Jahren im Westen der Bundesrepublik weit hinter dem Bedarf zurückbleiben. Das teilte das Institut am 10. Oktober mit. Für 1993 kommen die Forscher auf 1,5 Millionen fehlende Wohnheiten im Westen. Um den Versorgungsgrad des Jahres 1980 wieder zu erreichen, müßten nach den Berechnungen des Ifo zehn Jahre lang je rund 530000 Wohnungen fertiggestellt werden. Das wäre ein Fünftel mehr neue Wohnungen pro Jahr, als die Regierung gegenwärtig erwartet.

EU: Erste Haushaltsumflagen

Am 10. Oktober haben die Finanzminister der Europäischen Union unter Vorsitz von Finanzminister Waigel erstmals „Mahnbriefe“ an zehn Mitgliedsregierungen verschickt, in denen sie deren Haushaltsführung kritisieren. Der Maastrichter Vertrag hatte diese Möglichkeit im Zusammenhang mit der geplanten Währungsunion geschaffen. Wenn die angeschriebenen Regierungen auf die Mahnbriefe nicht angemessen reagieren, kann der EU-Ministerrat schärfere Maßnahmen vorsehen bis hin zu Kreditsperren, erheblichen Bußgeldern und anderen Strafen. Die ersten

Briefe gingen an fast alle EU-Mitgliedsstaaten, ausgenommen waren lediglich Irland und Luxemburg, die alle Auflagen der Währungsunion derzeit erfüllen. Auch Waigel hat sich so quasi selbst, die Länder und Gemeinden gemahnt: Der Maastrichter Vertrag erlaubt nur eine Gesamtverschuldung aller öffentlichen Hände von 60% des Bruttonsozialprodukts, die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden betragen aber 63% des BSP. So gerüstet kann Waigel nun in die Haushaltsumflagen gehen.

Wohnraum-Privatisierung im Osten

Um die ihnen von der Bundesregierung per Gesetz aufgenötigten sogenannten „Altschulden“ zu verringern, müssen die kommunalen Wohnungsgesellschaften im Osten „privatisieren“ — 15% des Bestandes laut Gesetz. Diese „Privatisierungsumflage“ gilt auch als erfüllt, wenn die Wohnungsgesellschaften „Genossenschaften ausgründen“, hat jetzt das Bundesbauministerium bekanntgegeben. Diese „Genossenschaften“ müssen dann die Modernisierungskosten selber tragen — Bund, Länder und Gemeinden sind auf jeden Fall fein raus.

Mieten immer höher?

Der Zentralverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer wünscht noch stärkere Mietsteigerungen. Der

Vorsitzende des Verbandes, der CDU-Bundestagsabgeordnete Jahn, forderte am 11. Oktober, fünf Tage vor den Wahlen: Ab 1996 müßten die Mieten bei Neubauwohnungen gänzlich freigegeben werden. In Ostdeutschland müßten ab 1996 überall die (mietensteigernden) „Vergleichsmieten“ eingeführt werden, aber ohne die damit im Westen verbundene „Begrenzung“ der Mietanhebungen auf 20 bis 30% binnen drei Jahren. Mit anderen Worten: Im Osten sollen die Mieten jährlich um mehr als 10% gestiegen werden!

Kein Krankengeld für „Rückkehrer“

Ausländische Arbeiter, die nach einem langen Arbeitsleben in der Bundesrepublik wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren, haben keinen Anspruch auf Krankengeld aus der BRD. Das entschied jetzt das Bundessozialgericht in Kassel. Ein spanischer Arbeiter, der jahrelang in der BRD gearbeitet hatte und dabei auch — wie jeder andere — seine Beiträge in die Krankenversicherung einbezahlt hatte, hatte geklagt, weil er nach seiner Rückkehr nach Spanien für längere Zeit krank geworden war. Die Entscheidung des Bundessozialgerichts soll „letztinstanzlich“ sein, das bedeutet, eine Berufung oder Revision gegen diese neuerliche Ausgestaltung des EU-„Sozialraums“ ist nicht zugelassen.

ABM: Bundesanstalt gegen Bonn

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit in Bonn hat am 12. Oktober mit den Stimmen der Gewerkschaften, der Gemeinden und der Länder gegen die Stimmen der Kapitalistenverbände des Bundes mehr Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefordert. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit benötigte die Bundesanstalt im nächsten Jahr mehr Mittel für ABM und für Umschulungen. Die Entscheidung fiel in einer Vorabdiskussion über den Haushalt 1995. Am 25. November wird der Verwaltungsrat der BfA den gesamten Haushaltsentwurf der BfA für 1995 beschließen, der dann Arbeitsminister Blüm vorgelegt werden muß.

Was kommt demnächst?

Der Termin der Konstituierung des neuen Bundestages stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Gesetzliche Vorschrift ist, daß der Bundestag spätestens 30 Tage nach der Wahl sich konstituiert haben muß, das wäre bis zum 15. November. Wahrscheinlich wird aber die Konstituierung früher stattfinden. Bereits am 4. November ist die nächste Sitzung des Bundesrates angesetzt. Wahrscheinlich wird der Bundestag vorher zusammengetreten sein. Weitere Sitzungstermine des Bundesrates sind der 25. November und der 16. Dezember.

Kein weiterer Reallohnverlust mehr!

Die IG Metall steht vor einer komplizierten Tarifauseinandersetzung mit den Kapitalisten

Der IG Metall fällt in diesem Jahr die Vorreiterposition für die anstehenden Tarifauseinandersetzungen zu. Im öffentlichen Dienst und der Chemieindustrie laufen die Verträge noch etwas länger. Stellvertretend für viele fäste der IG-Metall-Sprecher Jörg Barczynski kürzlich die Stimmung in den Betrieben so zusammen: „Die Aufschwungseuphorie trifft ja nur die Fabrikbesitzer und nicht die Leute, die da arbeiten. Einen weiteren Reallohnverzicht können wir uns nicht mehr leisten.“ Bis zu sechs Prozent Einkommenszuwachs hat inzwischen der IG-Metall-Vorstand als Forderungsvolumen den regionalen Tarifkommissionen vorgegeben. Doch die Ausgangslage für diese Tarifrunde ist so einfach nicht.

Die Hypothek der letzten Tarifrunde

Das Ergebnis der letzten Tarifbewegung wirkt fort. Die IG Metall hat im Frühjahr dieses Jahres den Kapitalisten weitgehende Arbeitszeit-Flexibilisierungsmöglichkeiten eingeräumt. Seitdem sind befristete Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich für ganze Belegschaften bei befristeter Beschäftigungsgarantie oder Arbeitszeitverkürzungen für Belegschaftsteile bei teilweisem Lohnausgleich ohne Beschäftigungsgarantie möglich.

Doch damit nicht genug. Der letzte Tarifvertrag hat den ungenierten Tarifbruch auf betrieblicher Ebene regelrecht entfesselt. Die IG Metall beklagt heute eine betriebliche Praxis, in der unentgeltliche Mehrarbeit und Streichung tariflicher Leistungen Eingang finden. Dabei handelt es sich wohlgerne um Betriebe, die der Tarifbindung unterliegen, also wo der Tarifvertrag offiziell anerkannt wird.

In einem Schreiben der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, aus dem Monat Oktober beispielsweise an die betrieblichen Funktionäre wird deutlich, was über Betriebsvereinbarungen gegenwärtig an Tarifvertragsbestimmungen gekippt wird. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„In den letzten Wochen und Tagen sind einige Betriebsvereinbarungsentwürfe bekannt geworden, die nicht den tariflichen Bestimmungen entsprechen oder die politischen Vorstellungen der IG Metall ignorieren (z. B. schwankende Arbeitszeiten zwischen 0 und 60 Stunden/Woche). Aus vielen Betrieben wird berichtet, daß die Betriebsräte mit Arbeitszeitvorstellungen der Arbeitgeber konfrontiert werden, die sich nicht im Rahmen der Tarifbestimmungen bewegen. Die tägliche und wöchentliche Höchstdauer der tariflichen Arbeitszeit wird dabei überhaupt nicht mehr beachtet. Die Vergütung von Überstunden, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Überstunden und bei Festlegung von Beginn und Ende der Arbeitszeit werden bei diesen Vorstellungen der Arbeitgeber ignoriert oder bewußt außer Kraft gesetzt.“

Einzelne Vorstöße, die Arbeitszeit ausschließlich an die Bedürfnisse der Produktion zu koppeln, hat es immer gegeben. Bei der Vielzahl der uns bekannten Betriebsvereinbarungsentwürfe sieht das heute eher nach einem strategischen Vorgehen der Arbeitgeber aus. Die zeitlich begrenzte Erweiterung des Ausgleichszeitraumes von sechs auf zwölf Monate wird zum Anlaß genommen, um Arbeitszeitpolitik au-

ßerhalb der Tarifverhandlungen zu machen...“ (Rundschreiben der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, Oktober 1994)

Der Normalarbeitstag und das Normalarbeitsverhältnis ist seit dem letzten Tarifergebnis dahin. Nach der Flexibilisierung der Arbeitszeiten haben die Kapitalisten nunmehr die Flexibilisierung der Löhne und Gehälter auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist zu befürchten, daß nach dem nächsten Tarifabschluß mit Zugeständnissen in dieser Richtung die Verwilderung der betrieblichen Praxis auch vor den Tariflöhnen und -gehältern nicht haltmacht. Was ist dann ein Tarifvertrag noch wert?

Die Ziele der Kapitalisten

Gesamtmetall hat noch vor der IG Metall seinerseits Forderungen für die kommende Tarifauseinandersetzung präzisiert:

- Verlängerung der Vereinbarungen zur Arbeitszeitflexibilisierung aus dem letzten Tarifergebnis über den 31.12. 1995 hinaus (siehe oben);
- Lohnerhöhungen nur bei weiterer Senkung der Lohnstückkosten, also Aussetzung und Umschichtung tariflicher Besitzstände. (d. h. z. B. Erhöhung des Monatslohns bei entsprechender Senkung des zusätzlichen Urlaubsgeldes);
- Arbeitszeitverkürzung nur in betriebsindividueller Form, kostensenkend und variabel. Keine Einführung der vereinbarten 35-Stundenwoche zum 1.10.95, und wenn doch, dann ohne Lohnausgleich und Kostenminderung bei Mehrarbeit;
- für Langzeitarbeitslose ein niedriger Einstiegstarif (minus 10 Prozent in jeder Lohn- oder Gehaltsgruppe) bei Finanzierung mit Einarbeitungszuschüssen der Bundesanstalt für Arbeit (Kombilohn);
- Möglichkeit der Abweichung vom Tarifvertrag für mittelständische Betriebe durch Vereinbarungen, die befristete Beschäftigungsgarantien einerseits und Verzicht auf tariflich abgesicherte Leistungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Mehrarbeitsvergütung) andererseits enthalten.

Der Katalog von Gesamtmetall setzt die Politik der Durchlöcherung der Tarifverträge fort. Die betrieblichen Ausnahmemöglichkeiten für Regularien unterhalb der Tarifbestimmungen setzen den Wert der Flächentarifverträge Stück um Stück herab. Diese Strategie erlaubt den Kapitalisten Tarifauseinandersetzungen gegen die Gewerkschaften, wo sie einerseits nach wie vor als geschlossener Verband operieren können, andererseits nicht auf die Erzielung von Sondervorteilen für Einzelkapitalisten verzichten müssen. Diese Entwicklung ist wohl unumkehrbar. Auch die IG Metall kann diesen Trend nicht mehr umkehren.

Die Ziele der IG Metall und die „Stimmungslage“

Die jetzt in der Öffentlichkeit seitens des IG-Metall-Vorstandes häufig gebrauchten Argumente für die Konzentration auf Einkommenszuwachs statt Beschäftigungssicherung sind bekannt. Man wolle die Binnennachfrage durch Stärkung der Massenkaufkraft entwickeln, um den Aufschwung zu sichern.



Viel mehr als diese ideologischen Argumente zählt jedoch die materielle Lage der Beschäftigten und damit auch der Gewerkschaftsmitglieder. Diese Lage ist prekär. Zur Zeit liegt uns keine umfassende Untersuchung über die materielle Situation der in Arbeit stehenden Beschäftigten in der Metallindustrie vor. Doch einzelne Schlaglichter geben über die Situation schon Aufschluß.

Laut *Rheinischer Merkur* vom 7. Oktober ergibt eine Modellrechnung der Schweizer Prognos AG, daß einem steigenden Anteil der Alleinerziehenden und kinderreichen Familien keinerlei finanzieller Spielraum mehr bleibt. Gut ein Viertel aller Familien mit Kindern bezieht danach derzeit ein Einkommen unterhalb der Besteuerungsgrenze. Bei Ehepaaren mit zwei Kindern erzielen 22 Prozent ein für die Besteuerung zu geringes Einkommen, bei Eltern mit drei oder mehr Kindern sind es 35,3 Prozent, bei Alleinerziehenden sogar zwei Drittel. Der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Walter Riester erklärte laut *Frankfurter Rundschau* vom 13. Oktober im *ZDF-Morgenmagazin*: „Viele Beschäftigte seien nach den geringen oder ausgebliebenen Lohnzuwächsen in den letzten Jahren verschuldet. Es sei eine bittere Erkenntnis, daß auch die niedrigen Tarifabschlüsse niemand daran hinderten, 755000 Arbeitsplätze in der Branche abzubauen.“

Die Feststellung Walter Riesters über die enorm gewachsene Verschuldung können die IG-Metall-Kassierer auf Ebene der Verwaltungsstellen leider nur bestätigen. Durch den dramatischen Verlust von Mitgliedern, hervorgerufen durch Schließung von Betrieben, verlor z. B. die Verwaltungsstelle Berlin zwischen 1991 und 1994 rund 43000 Mitglieder. Gegenwärtig sind es noch knapp 80000. Jedoch sind zudem allein in diesem Jahr Mitglieder verlorengegangen, weil durch automatischen

Beitragseinzug per Bankabbuchung mindestens zweimal die Konten von einigen tausend Mitgliedern überzogen waren, also keine Abbuchung erfolgen konnte, und diese Mitglieder aus der Mitgliederliste gestrichen werden mußten.

Wohl mehr als alle volkswirtschaftlichen Theorien hat diese Tatsache die Funktionäre der IG Metall davon überzeugt, daß diesmal die Verhinderung weiterer Reallohnverluste absolute Priorität haben muß.

Die Aussichten sind ernüchternd

Die Warnstreikaktionen aller letzten Tarifbewegungen basierten weitgehend auf der Teilnahme der am schlechtesten bezahlten Teile der Belegschaften. Die IG Metall braucht Tariferfolge gerade für diese Beschäftigten. Die Facharbeiterchaft als ehemalige Basis der Gewerkschaften spielt quantitativ keine so dominierende Rolle mehr. Die besser bezahlten Lohnabhängigen schichten im Angestelltenbereich konnten im nennenswerten Umfang nach wie vor nicht für die Gewerkschaftspolitik gewonnen werden. Die Flächentarifverträge verlieren Zug um Zug an Bedeutung für die tatsächlichen Regelungen im Betrieb. Wenn das schon nicht aufgehalten werden kann, wäre auf längere Sicht die Erzielung gültiger und haltbarer Mindestnormen für zukünftige Rahmenarbeitsverträge ein realistisches Ziel. Dazu fehlt es gegenwärtig jedoch noch an Übereinstimmung sowohl in den Belegschaften als auch im Funktionärskörper der IG Metall.

Quellen: *Handelsblatt*, 6.10., 11.10. und 13.10.; *FAZ*, 11.10.; *Tarifnachrichten IG Metall* 10.10., Verwaltungsstelle Berlin; *Kritik und Widerstand* Nr. 20/94 und 21/94 — (brr)

1. Vorläufige Wahlbeteiligung und Verteilung der gültigen Stimmen nach

1.2. Zweitstimmen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Jahr	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Bayern	Saarland	Berlin
Wahlberechtigte	Anz.	1994	60396272	2110453	1241682	5883298	509729	13088786	4289643	2982688	7201633	8753562
	Anz.	1990	60436560	2085858	1263637	5763060	523471	13098236	4294116	2935588	7121031	8623572
Wähler	Anz.	1994	47743597	1706689	990804	4810759	400824	10715996	3533212	2456040	5742695	6742146
	Anz.	1990	46295913	1639537	988556	4643874	400467	10310531	3484107	2397054	5515393	6419744
Wahlbeteiligung	%	1994	79,1	81,0	79,8	81,9	78,6	81,9	82,4	82,3	79,7	83,5
	%	1990	77,8	78,6	78,2	80,6	76,5	78,7	81,1	81,7	77,4	85,1
Ungültige Zweitstimmen	Anz.	1994	619021	16107	7931	39656	6567	203706	47428	30102	74334	51364
	Anz.	1990	540143	14861	7329	36884	4148	103889	41102	33335	76041	52561
	%	1994	1,3	0,9	0,8	0,8	1,6	1,9	1,3	1,2	1,3	0,8
	%	1990	1,1	0,9	0,8	0,8	1,0	1,0	1,2	1,4	1,4	1,5
Gültige Zweitstimmen	Anz.	1994	47104576	1692582	982873	4777103	394277	10512390	3485764	2425938	5668362	6690782
	Anz.	1990	46455772	1624676	980727	4606990	396219	10206642	3443005	2363719	5439252	6367183
CDU	Anz.	1994	16089491	702273	343428	1971790	119094	3996779	1417630	1061610	2451779	-
	Anz.	1990	17055116	705983	359333	2041367	122631	4131698	1422262	1076796	2529051	271510
	%	1994	34,2	41,5	34,9	41,3	30,2	38,9	40,7	43,8	43,3	37,2
	%	1990	36,7	43,5	36,6	44,3	30,9	40,5	41,3	46,5	46,3	38,1
SPD	Anz.	1994	17141319	670536	389933	1938134	179284	4534379	1296863	955306	1742548	1983252
	Anz.	1990	15545366	626008	402530	1767039	168496	4195071	1308151	653144	1582957	1697970
	%	1994	36,4	39,6	39,7	40,6	45,5	43,1	37,2	39,4	30,7	29,6
	%	1990	33,5	38,3	41,0	38,4	42,5	41,1	38,0	36,1	29,1	34,0
F.D.P.	Anz.	1994	3257864	125993	71027	368095	30425	803562	283154	168419	560669	429717
	Anz.	1990	5123233	185636	117293	474946	50630	1129967	374240	245283	667272	551992
	%	1994	6,9	7,4	7,2	7,7	7,2	7,6	8,1	6,9	9,9	6,4
	%	1990	11,0	11,4	12,0	10,3	12,8	11,0	10,9	10,4	12,3	6,7
CSU	Anz.	1994	3427128	-	-	-	-	-	-	-	3427128	-
	Anz.	1990	3302980	-	-	-	-	-	-	-	3302980	-
	%	1994	7,3	-	-	-	-	-	-	-	51,2	-
	%	1990	7,1	-	-	-	-	-	-	-	51,9	-
GRÜNE	Anz.	1994	3423091	140231	123636	338075	43672	781160	322436	150587	544692	418883
	Anz.	1990	1788200	65054	56206	205449	32840	440216	192110	95596	311690	293039
	%	1994	7,3	8,3	12,6	7,1	11,1	7,4	9,3	6,2	9,6	6,3
	%	1990	3,8	4,0	5,8	4,5	8,3	4,3	5,6	6,0	5,7	4,6
FDS	Anz.	1994	2067391	18960	21975	46734	10725	102252	17260	15138	42976	36853
	Anz.	1990	1129578	5496	10158	14903	4129	26922	13037	4263	13778	13722
	%	1994	4,4	1,1	2,2	1,0	2,7	1,0	1,1	0,6	0,8	0,6
	%	1990	2,4	0,3	1,1	0,3	1,1	0,3	0,4	0,2	0,3	0,2
REP	Anz.	1994	875175	17727	16586	57953	6790	130517	62652	45247	175805	169873
	Anz.	1990	967269	18823	16911	46964	8225	132830	71528	40910	174272	316659
	%	1994	1,9	1,5	1,7	1,2	1,7	1,3	2,4	1,9	3,1	2,8
	%	1990	2,1	1,2	1,7	1,0	2,1	1,3	2,1	1,7	3,2	1,6
APD	Anz.	1994	21547	-	-	-	-	-	-	-	21547	-
	%	1994	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,4	-
BP	Anz.	1994	42458	-	-	-	-	-	-	-	42458	-
	Anz.	1990	31315	-	-	-	-	-	-	-	31315	-
	%	1994	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,6	-
	%	1990	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-
Solidarität	Anz.	1994	8123	-	-	1217	-	1871	1343	-	877	1255
	Anz.	1990	4687	-	-	0,0	-	1108	-	-	1622	1236
	%	1994	0,0	-	-	0,0	-	0,0	0,0	-	0,0	0,0
	%	1990	0,0	-	-	0,0	-	0,0	0,0	-	0,0	0,0
BSA	Anz.	1994	1342	-	-	-	-	1025	-	-	-	317
	Anz.	1990	826	-	-	-	-	-	-	-	-	161
	%	1994	0,0	-	-	-	-	0,0	-	-	-	0,0
	%	1990	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
LIGA	Anz.	1994	5189	-	-	-	-	-	-	-	5189	-
	Anz.	1990	39640	-	-	-	-	-	-	-	14996	10642
	%	1994	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-
	%	1990	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,2	-
CM	Anz.	1994	19874	-	1073	4520	-	6033	-	-	6774	5067
	Anz.	1990	36446	-	-	-	-	11267	-	-	8170	5569
	%	1994	0,0	-	0,1	0,1	-	0,1	-	-	0,2	0,1
	%	1990	0,1	-	0,2	0,1	-	0,1	-	-	0,2	0,1
ZENTRUM	Anz.	1994	3774	-	-	-	-	3774	-	-	-	-
	%	1994	0,0	-	-	-	-	0,0	-	-	-	-
GRAUE	Anz.	1994	238282	8182	11521	19505	4380	52231	18101	9353	26763	19044
	Anz.	1990	385910	10162	11561	26419	6934	81123	30459	21279	53901	52514
	%	1994	0,5	0,5	1,2	0,4	1,1	0,5	0,4	0,5	0,3	0,7
	%	1990	0,8	0,6	1,2	0,6	1,7	0,8	0,9	1,0	0,8	0,7
NATURGESETZ	Anz.	1994	73208	4858	2908	6310	1247	6838	9644	5973	11616	7992
	%	1994	0,2	0,3	0,3	0,1	0,3	0,1	0,3	0,2	0,2	0,3
MLPD	Anz.	1994	10254	326	219	579	102	2193	580	324	1923	866
	%	1994	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Tierschutz	Anz.	1994	71959	-	-	15840	-	32710	-	-	-	23409
	%	1994	0,2	-	-	0,3	-	0,3	-	-	-	0,3
ÜDP	Anz.	1994	102940	3496	166							

Ein Teilerfolg

Länder

Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Jahr	Einheit	Gegenstand der Nachweisung
1375775	1936490	3149134	1947233	3582068	1994	Anz.	Wahlberechtigte
1419144	1965198	2237790	2003644	3716744	1990	Anz. ..	
1004410	1391291	1518264	1470795	2580849	1994	Anz. ..	Wähler
1005654	1449866	1615723	1527450	2832066	1990	Anz. ..	
73,0	71,8	70,6	75,5	72,0	1994	%	Wahlbeteiligung
70,9	73,8	72,3	76,3	76,2	1990	%	
22265	13141	17526	35633	26067	1994	Anz.	Ungültige
17711	20853	24337	20278	44596	1990	Anz.	Zweitstimmen
2,2	0,9	1,4	2,4	1,0	1994	%	
1,8	1,4	1,5	1,3	1,6	1990	%	
982204	1378150	1500738	1435162	2556782	1994	Anz.	Gültige
987943	1429013	1591386	1507172	2787770	1990	Anz.	Zweitstimmen
378331	387365	582077	588798	1225582	1994	Anz.	CDU
407009	512849	613515	661187	1375611	1990	Anz.	
38,5	28,1	38,8	41,0	48,0	1994	%	
41,2	36,3	38,6	45,2	49,5	1990	%	
283278	620234	501958	432652	619946	1994	Anz.	SPD
261684	470214	393396	331027	506526	1990	Anz.	
38,8	45,0	33,4	30,2	24,3	1994	%	
25,5	32,9	24,7	22,0	15,2	1990	%	
33357	56249	60890	60023	98267	1994	Anz.	F.D.P.
90282	138996	314265	220365	14677	1990	Anz.	
3,4	2,6	4,1	4,2	3,3	1994	%	
9,2	9,7	19,7	14,6	12,4	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	CSU
-	-	-	-	-	1990	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
-	-	-	-	-	1990	%	
35105	39842	53544	70618	122403	1994	Anz.	GRÜNE
-	-	-	-	-	1990	Anz.	
3,5	2,9	3,6	4,9	4,8	1994	%	
-	-	-	-	-	1990	%	
231719	266506	270119	246087	424378	1994	Anz.	PDS
141051	157628	149053	124821	251550	1990	Anz.	
23,6	19,3	16,0	17,1	16,7	1994	%	
14,3	11,0	9,4	8,3	9,0	1990	%	
11578	15281	14642	19817	35302	1994	Anz.	REP
14009	23611	15197	17669	33705	1990	Anz.	
1,2	1,1	1,0	1,4	1,4	1994	%	
1,4	1,7	1,0	1,2	1,2	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	APD
-	-	-	-	-	1994	Anz.	SP
-	-	-	-	-	1994	Anz.	
-	-	-	-	-	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	Solidarität
-	-	-	-	-	1990	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
-	-	-	-	-	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	PSA
-	-	-	-	-	1990	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
-	-	-	-	-	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	LIGA
-	1598	-	2296	10108	1994	Anz.	
-	0,1	-	0,2	0,4	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	CDH
-	-	-	-	-	1990	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
-	-	-	-	-	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	ZENTRUM
-	-	-	-	-	1990	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
4629	5359	7090	7100	13455	1994	Anz.	GRUDE
7208	11383	9431	10492	20947	1990	Anz.	
0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	1994	%	
0,7	0,8	0,6	0,7	1,0	1990	%	
2825	3754	0,3	-	-	1994	Anz.	NATURGESETZ
0,3	-	-	-	-	1994	Anz.	
328	411	395	467	818	1994	Anz.	MLPD
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1994	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	Tierschutz
-	-	-	-	-	1994	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
1055	1495	1406	3178	4766	1994	Anz.	ÖDP
1552	2516	2179	2635	4224	1990	Anz.	
0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	1994	%	
0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	1990	%	
-	-	-	-	-	7805	1994	Anz.
-	-	-	-	-	0,3	1994	%
-	-	-	-	-	1994	Anz.	EBC
-	-	-	-	-	1994	Anz.	
-	-	8617	0,6	-	1994	Anz.	PASS
-	-	-	-	-	1994	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
-	1654	-	4611	-	1994	Anz.	STATT Partei
-	0,1	-	0,3	-	1994	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
-	-	7138	19899	48489	1994	Anz.	DGU
-	0,3	0,4	1,3	1,7	1990	%	
-	-	-	-	-	1994	Anz.	KPD
-	-	-	-	-	1994	Anz.	
-	-	-	-	-	1994	%	
-	-	-	-	-	0,0	1990	
61967	98192	87212	96252	175715	1990	Anz.	Übrige 1)
6,3	6,9	5,5	6,4	6,3	1990	%	

Zum Ausgang der Bundestagswahlen

Das Ergebnis der Bundestagswahlen deutet auf zunehmende Bewegung in den Meinungs- und Willensbildungsprozessen in der BRD. Im folgenden wird die Rückwirkung der Stimmverteilung angesprochen, und zwar anhand einiger Themen, die in unserer Berichterstattung eine Rolle gespielt haben.

der Konjunktur die Spitze gebrochen. Es war wieder möglich, weiterzuwursteln.

Neue Tendenzen in der Jugend

Es scheint festzustehen, daß in der jungen Generation neben ökologischer und autonomer auch sozialistische Kritik aufkommt.

Dazu mag eine soziale Entwicklung beitragen. Die werktätige Mittelschicht, in den sechziger und siebziger Jahren eine expandierende Schicht, dehnt sich kaum noch aus. Dies führt dazu, daß der Konkurrenz- und berufliche Selektionsdruck in der ganzen Gesellschaft zunimmt. Die kolonialismusartige Einvernahme des Ostens zeigt die absteigende Kehrseite der Jagd nach Glück.

Soweit die grün-alternative Ideologie vor allem auf die Gestaltungsfreiheit des einzelnen (Konsumverzicht, Abfallvermeidung, usw.) abhebt, trifft sie das Bedürfnis, sich mit den äußeren Schranken für die menschliche Entwicklung auseinanderzusetzen, nicht ausreichend. Anarchistische und sozialistische Ansätze stoßen auf Interesse und werden neu verarbeitet.

PDS stabilisiert Opposition

Die nackten Zahlenergebnisse legen nahe, daß PDS und Grüne zur Konkurrenz verdammt sind und die eine Partei nur auf Kosten der anderen gedeihen kann. Genaues Hinsehen zeigt jedoch, daß dies am Ende doch nicht so ist. Schätzen wir die Stimmergebnisse in den neuen Ländern nämlich im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil des ökonomisch gut abgesicherten, vermögensbildenden Mittelstandes, der in der BRD die Grünen trägt, so sind diese Ergebnisse gar nicht so schlecht (denn diese Schicht ist im Osten gewiß noch viel kleiner als hierzulande).

Im Westen wiederum schließt die PDS eine Lücke, weil sie für die soziale Frage, die Verteidigung sozialer Interessen durch gewerkschaftlichen und politischen Kampf, überhaupt für das Ziel der sozialen Emanzipation des Menschen offen ist.

Eine stabilisierende Wirkung für das ganze linke Lager geht von der PDS aus, weil in ihrer Diskussion Erfahrungen aus dem Widerstand der Arbeit gegen das Kapital auf politische Konsequenzen hin diskutiert werden können. Vorher hat eine Entfernung der SPD-Politik von den Interessen der arbeitenden Menschen zur Demobilisierung geführt, jetzt muß das nicht mehr so sein.

Rot-Grün-Rote Konzepte?

Scheinbar ist die Opposition in der Minderheit und kann leider nichts machen, aber so ist es nicht. Die parlamentarische Repräsentanz in Bund, Ländern und Gemeinden bietet bereits jetzt die Möglichkeit, mit der Diskussion über Reformgesetze und Gesetzesreformen zu beginnen. Die Teilerfolge der Linken in diesem Wahljahr ergaben sich aus dem Bedürfnis nach Abwehr der Gefahren, die von der Fortsetzung der Regierungspolitik ausgehen. Eine wirkliche Ablösung setzt jedoch eine Konzeptdiskussion voraus, in der sich die Parteien mit den außerparlamentarischen Bewegungen verbinden können. — (maf)

Die Konjunktur frisst den ökologischen Umbau

Das Konzept des ökologischen Umbaus bildete die Mobilisierungsgrundlage für Rot-Grün. Ökologische und soziale Bestrebungen sollten darin zusammengefaßt werden. Für die Kapitalisten sollte die Sache als Methode des Herauskomens aus der Krise attraktiv werden. Der Auseinandersetzung um dieses Konzept wurde durch den Aufschwung

Gute Ergebnisse der Partei der Arbeit

Kommunal- und Provinzwahlen in Belgien
Aus: Solidaire 39/94 vom 12. Oktober 1994

Die Partei der Arbeit Belgien (PAB) errang in den 98 Kommunen, wo sie sich zur Wahl stellte, fast 26000 Stimmen. Bei den Wahlen von 1988 bekamen wir 16784 Stimmen in 63 Kommunen. In verschiedenen Orten haben wir gute Fortschritte gemacht, d.h. unsere Stimmenzahl verdoppelt. Leider waren diese Fortschritte nicht groß genug, um in unseren „Pilot-Kommunen“ einen Abgeordneten durchzubringen. Als einziger PAB-Kandidat wurde Frans Van Acoleyen in Zelzate gewählt.

PAB profiliert sich als Partei der Linken . . .

Von Kris Merckx

(...) All dies hat uns im gewerkschaftlichen Bereich, unter den fortschrittlichen Menschen und bei den Künstlern eine aktiver Unterstützung gesichert als je zuvor. Die Kandidatur so bemerkenswerter unabhängiger Kandidaten auf unseren Listen wie Jean Leloup in Charleroi (früherer Vorsitzender der christlichen Angestelltengewerkschaft CNE) oder der Dichterin Patricia Lasso in Brügge, der Erfolg des Wahlaufrufs zu meinen Gunsten in Antwerpen, der Appell der drei ehemaligen Sekretäre der PCB (Kommunistische Partei Belgiens) in Namur und die Listenverbindung PCB-PAB in Chatelet, das sind neue Fakten, das ist ein qualitativer Sprung.

Die PAB hat in dieser Wahlkampagne auch gezeigt, daß sie als einzige eine praktische Antwort auf die Frage geben kann, die alle fortschrittlichen Menschen heute verfolgt: „Wie können wir den Arbeitern die Augen öffnen, die von der rassistischen Propaganda irregeführt werden?“ Wenn die PAB u.a. in Charleroi, Antwerpen und Lüttich Fortschritte gemacht und im übrigen ihr gutes Ergebnis konsolidiert hat, dann verdankt sie das zum großen Teil den Stimmen aus den Reihen der Arbeiterklasse und des Volkes. (...)

Die PAB schützt die Arbeiter vor faschistischem Einfluß

Wir sind offenbar die einzigen, die das können. Nur wir organisieren bekannte Arbeiterführer, Gewerkschaftsdelegierte, Ärzte etc., auf die die Menschen noch hören. Und wir sind vor allem die einzigen, die ihnen konkret zeigen, wer die wirklich Schuldigen sind, gegen die sich ihre Wut richten muß: die Großkapitalisten. Dutzende von Hafenarbeitern in Antwerpen haben öffentlich erklärt, daß sie vorher den Vlaams Blok gewählt haben und jetzt ihre Stimme der PAB geben. Weil wir ihnen bewiesen haben, wie die Hafenverwaltung auf Vorschlag des Vlaams Blok die aggressivsten Forderungen des Kapitals durchzusetzen versucht. (...) Wir sind die einzigen, die in den Betrieben den Front National als eine Partei entlarvt, die den Globalplan unterstützt hat. Nur die PAB enthüllte, daß die Parole „Wallonen zuerst“ von Agir (wallonische Faschisten) zu einem Krieg wie in Ex-Ju-

goslawien führt — und ihr Rassismus zu einem Morden wie in Ruanda. Bei unserer Arbeit auf medizinischem und juristischem Gebiet fordern wir die Menschen auf der Straße und in den Wohnvierteln des Volkes auf, selbst die Initiative zu ergreifen (z.B. Freundschaftsfeeste zu organisieren), um ihre Nachbarn den Krallen der Faschisten zu entreißen. Fast im ganzen Land waren wir die einzige Partei, die es gewagt hat, die Arbeitslosen anzusprechen, unter denen wir im übrigen schon seit einiger Zeit eine dauerhafte Arbeit machen. Wir konnten unsere Alternative gegen die Reichen aufzeigen und die Lügen der Faschisten entlarven. Jetzt müssen wir uns den jungen Intellektuellen mit einer direkten Botschaft zuwenden: „Wenn ihr wirksam an der Ausrottung der braunen Pest mitarbeiten wollt, kommt und arbeitet als Arzt oder als Rechtsanwalt für die PAB, oder geht im Auftrag der Partei in die Betriebe, arbeitet in den Gewerkschaften.“ (...)

Der Vertrauensverlust kann sich nur verschärfen

(...) Wir haben Dutzende von Anhängern der PS bzw. der SP gewonnen, die in ihrer Mehrzahl noch weiter für „ihre Partei“ gestimmt hätten, die uns aber gesagt haben: „Schließlich fühlen wir uns näher bei Euch. Unsere Führer sind nicht mehr ‚gerecht‘: sie privatisieren öffentliche Betriebe und untergraben die soziale Sicherheit. Früher haben sie uns aufgerufen, gegen die Cruise missiles zu demonstrieren, heute ist Willy Claes Chef der NATO!“ Wir müssen unsere Verbindungen zu diesen Leuten im Umfeld der PS/SP stärken. Wir wissen alle, was auf uns zukommt: die Rentenreform, neue Angriffe auf die Krankenversicherung, Privatisierungen, Maßnahmen gegen Post und Bahn etc. (...)

Der Niedergang von Ecolo (Grüne in Wallonien) hat ganz klar begonnen (sogar schon auf der Ebene der Wahlen): Viele Leute haben schon begriffen, daß sich Ecolo nicht grundsätzlich von den anderen Parteien unterscheidet und keine Lösungen für die dringendsten Probleme wie Arbeitslosigkeit und Sozialabbau anzubieten hat. (...)

Durchbruch der Faschisten in den Gemeinden

Redaktion Solidaire

In der Wallonie erntet die PS die Früchte ihrer antisozialen Politik in der Regierung, ihrer Korruptionsaffären und ihrer inneren Streitereien. In den meisten Städten kassierte die Partei einen Rückschlag: 8% in Lüttich, 10% in Charleroi und La Louvière, 14% in Mons. Trotzdem bleibt die PS in der Regel die stärkste Partei in der Wallonie; häufig hält sie die absolute Mehrheit wie in Charleroi (53%). Die Faschisten von Front National und Agir haben einen beträchtlichen Teil der Stimmen eingeholt, die die PS verloren hat. In La Louvière bekamen sie 14,5% der Stimmen (16,7% für die Provinzwahlen), und in den großen Städten liegen



Kris Merckx

die beiden faschistischen Parteien zwischen 10 und 12%. Ecolo, die stirbt vor Begierde nach der Beteiligung an der Macht in der Wallonie, hat schwere Schläge einstecken müssen und 4 bis 6% verloren.

In Flandern versuchen die Neonazis vom Vlaams Blok, ihren österreichischen „Kampfgenossen“ den Rang abzulaufen. Das Rekordergebnis von Antwerpen (28,8%) hat aus dem Vlaams Blok die wichtigste Partei in einer Stadt gemacht, in der von allen Großstädten Belgiens am wenigsten Ausländer leben. Mit 20% der Stimmen folgt Mechelen Antwerpen auf dem Fuß. In den anderen Städten liegt der Vlaams Blok zwischen 10 und 15%. (...). Die CVP (Christliche Volkspartei) hält die absolute Mehrheit in 120 Gemeinden (vs. 153 im Jahr 1988). In Brüssel gingen insgesamt mehr als 50 Mandate an die Faschisten von Vlaams Blok und Front National.

(aus Platzgründen von d. Red. gekürzt)

Was tun gegen den Aufstieg der Faschisten?

Von Jo Cottenier

Die Sparpolitik desorientiert die Bevölkerung. Nach dem Durchbruch der Faschisten auf kommunaler Ebene sind sich die traditionellen Parteien alle einig, daß die Ursache in der Verwirrung und Verzweiflung der Bevölkerung zu suchen ist. Aber woher kommt es, daß die Menschen keine Hoffnung mehr haben?

Das kommt daher, daß sie keine Aussicht auf ein Ende der Krise, der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus sehen. Das kommt daher, daß immer breitere Teile der Bevölkerung Armut leiden. Die Krise scheint ausweglos und was der Arbeiter für die „Ohnmacht“ der traditionellen Parteien hält, bereitet den Weg für die demagogischen „radikalen“ Lösungen der Faschisten. Der Rassismus — „Ausländer raus“ — scheint ein einfacher Ausweg: jeder hatte schon Gelegenheit, mit ganz normalen Menschen zu diskutieren, für die Themen wie Sicherheit, Flüchtlinge, Mißbrauch von Kindergeld und Arbeitslosengeld, islamische Gefahr dämonische Dimensionen annehmen. Gleichzeitig ignorieren dieselben Leute total das Kapital, die wirklichen Verantwortlichen für die Armut, die wirklichen Kriminellen und Profiteure.

Nach diesen Wahlen werden wir wieder einmal großartige Appelle zu hören bekommen mit Parolen wie „Einheit gegen die Gefahr der braunen Pest“ und „Abgrenzung gegen die Faschisten“. Aber die Mehrzahl dieser Appelle wird wieder an der zentralen Frage vorbeigehen. Wer die Ursachen von Faschismus

und Rassismus angreifen will, muß zwei Dinge tun: eine Alternative gegen den Sozialabbau anbieten und eins nach dem anderen die Einfallstore der braunen Pest schließen.

Die flämische Zeitung *De Morgen* hat das Rezept gegen die Faschisten gefunden. Ihrer Meinung nach haben Louis Tobback und Norbert De Batselier in Löwen und in Termonde bewiesen, daß integre Politiker die Schlacht gegen den Vlaams Blok gewinnen können. Die Lösung findet sich also „in allen demokratischen Parteien, die denjenigen Politikern freie Bahn geben müssen, die meinen, daß die Politik neue Wege entdecken muß“. Als wenn der lokale Sieg von Tobback zum Rückschlag der Faschisten beigetragen hätte! Ganz im Gegenteil: Der Minister hat alles getan, damit seine Partei die Ideen des Vlaams Blok über Immigranten und Flüchtlinge in ihr eigenes Denken integriert.

Tobback hat bereits die Glückwünsche des Philippe De Winter (Vlaams Blok) und des Jean Gol (PRL) für seine „beherzte Politik gegenüber den Flüchtlingen“ entgegengenommen. Tobback und De Batselier haben gemeinsam den Globalplan durchgesetzt, der Millionen von Arbeitern und Arbeitslosen unter die Armutsgrenze drückt. Und sie haben niemals den kleinsten Finger gerührt gegen die Reichen und das Kapital. Und das soll der Weg des „Widerstands“ gegen den Faschismus sein? Das ist der kürzeste Weg, um den Ideen der Faschisten Anhänger zuzutreiben!

Die notwendige Einheit, um die faschistische Bestie zu schlagen, ist nur auf einem konsequenten Programm möglich. Ein solches Programm muß zumindest die folgenden Punkte enthalten:

1. Gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität: eine soziale Sicherheit, ein Erziehungswesen und Arbeitsplätze, die diesen Namen verdienen, auf Kosten der Kapitalisten und der Reichen; keine Verstärkung der Polizei.

2. Gegen den Rassismus: völlig gleiche Rechte für die Immigranten durch Verabschiedung des „Gesetzes Harnie“, nach dem den Immigranten nach fünfjährigem legalen Aufenthalt in Belgien automatisch die belgische Staatsbürgerschaft zugesprochen wird.

3. Gegen die Jagd auf Flüchtlinge: sofortige Annullierung der Schulden der Länder der Dritten Welt; offene Grenzen für diejenigen, die vor Armut und Unterdrückung fliehen; keine Unterstützung für Interventionen und Embargos gegen Länder der Dritten Welt.

4. Gegen die faschistischen Parteien: Verbot faschistischer Organisationen, faschistischer und rassistischer Propaganda; Säuberung von Faschisten aus dem gesamten Polizeiapparat. (Übersetzung: Renate Hennecke von der Redaktion der „KAZ“)

Wien: Wahlschlappe für die große Koalition

Stimmenverluste für die Regierung vor allem wegen jahrelangem Sozialabbau

Dramatische Einbrüche brachten die Nationalratswahlen in Österreich der regierenden großen Koalition aus Sozialdemokratischer Partei (SPÖ) und der christ-konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Als großer Gewinner kann sich Jörg Haiders Freiheitliche Partei (FPÖ) feiern lassen, deren Vormarsch in der Alpenrepublik unaufhaltsam erscheint. Überraschend klar schaffte auch das von den Freiheitlichen abgespaltene Liberale Forum den Einzug ins Parlament.

Die Grünen konnten ebenfalls zulegen und sind wieder im Wiener Nationalrat vertreten.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis mußte die SPÖ Verluste von 7,6 Prozent hinnehmen und kam mit 35,2 Prozent auf ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis. Die ÖVP verlor 4,4 Prozent und erreichte mit 27,2 Prozent ebenfalls eines ihrer schlechtesten Ergebnisse. Die Grünen legten um 2,2 Prozent auf 7,0 Prozent zu. Mit einem Ergebnis von 5,7 Prozent zieht das Liberale Forum, das sich 1993 von der FPÖ abgespalten hatte und zum ersten Mal kandidierte, in den Nationalrat ein.

Der klare Sieger der österreichischen Parlamentswahlen heißt jedoch Jörg Haider. Seine nationalliberale FPÖ legte um satte 6 Prozent auf 22,6 Prozent zu. Im Nationalrat verfügt die SPÖ nach diesem Ergebnis noch über 66 Mandate (minus 14), die ÖVP über 52 (minus 8), die FPÖ über 42 (plus 9), die Grünen über 13 (plus 3) und das Liberale Forum über 10 Sitze.

Damit haben die Regierungsparteien erstmals in der Geschichte der zweiten Republik die Zweidrittelmehrheit verloren, die zur Verabschiedung von Verfassungsgesetzen notwendig ist.

Trotz dieser vernichtenden Wahlschlappe erklärten der SPÖ-Parteivorsitzende und Bundeskanzler Vranitzki und der ÖVP-Chef und Vizekanzler Bussik, die Große Koalition solle fortgesetzt werden. Da die Verluste der Konservativen geringer ausgefallen sind als die der Sozialdemokraten, geht man davon aus, daß die ÖVP in den gegenwärtig noch laufenden Koalitionsverhandlungen auf mehr Einfluß pocht. Gleichzeitig werden jetzt Stimmen immer lauter, die für ein Ende der Großen Koalition eintreten und mit der Haider-FPÖ zusammengehen wollen. Schon im Wahlkampf hatte kein Geringerer als der ÖVP-Außenminister Mock die Möglichkeit einer Regierungsbildung mit der FPÖ ins Gespräch gebracht. Das schließt den jetzigen Parteivorsitzenden Bussik zwar aus, auch stellten sich die ÖVP-Landeshauptleute fast alle hinter ihren Vorsitzenden; doch eine interne Obmann-Debatte nach Wahlniederlagen hat bei den Konservativen fast schon Tradition.

Eine solche Debatte könnte dadurch angeheizt werden, daß der auftrumpfende Haider zwei Tage nach der Wahl vor Journalisten erklärt hatte, wenn die ÖVP ihren gegenwärtigen Chef Bussik absetze, sei er zur Tolerierung einer konservativen Minderheitsregierung bereit. Eine Koalition mit den Konservativen hat er erst einmal abgelehnt. „Ich bleibe weiter in der Opposition“ sagte er.

Das muß nicht verwundern. Haiders erklärtes Kampfziel ist es, 1998 Bundeskanzler zu werden. Damit liegt er zum einen voll im Plan, zum anderen will er wohl in den kommenden vier Jahren den Druck auf die ÖVP weiter verstärken. Und damit hat er offenbar gleich nach den Wahlen begonnen, als er erklärte, spätestens in vier Jahren könne er die ÖVP sowieso gleich „übernehmen“.

Über die Ursachen von Haiders Aufstieg und dem Niedergang der Koalitionsparaden, und dabei vor allem der SPÖ, gibt es bislang eigentlich nur viele Spekulationen. Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten nach der Wählerstromanalyse eine Viertelmillion Stimmen an Haider verloren haben. Dabei scheint auch festzustehen, daß die FPÖ vor allem auch in der Arbeiterschaft gepunktet hat. Die Verluste der SPÖ waren besonders in ihren großstädtischen Hochburgen dramatisch. So sackte sie in Wien von 50,7 auf 38,9 Prozent ab. Die FPÖ verdrängte in Wien, Graz und Linz die ÖVP auf Platz drei. In Klagenfurt, dort wohnt Haider, wurde die FPÖ stärkste Partei.

Vranitzki sagte, in der SPÖ seien organisatorische Änderungen nötig, „um die Kampfkraft der Partei an Ort und Stelle“ zu vergrößern. Unbestritten ist, daß in der seit Jahrzehnten ununterbrochen regierenden SPÖ (wie auch der ÖVP) Miß- und Protektionswirtschaft nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind. Erst kurz vor den Wahlen war aufgeflogen, daß sich sozialdemokratische Funktionsträger unfaßbar hohe Spitzengagen in der aus Mitgliedsbeiträgen finanzierten Arbeiterkammer genehmigt hatten.

Es kann als sicher gelten, daß viele der SPÖ-ÖVP-Koalition dafür eine Abfuhr erteilt haben. Dazu kommt, daß sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung in den vergangenen Jahren aufgrund einer Politik des rigidem Sozialabbaus immer weiter verschlechtert hat. Die SPÖ hat dabei meistens mitgespielt — auch dafür hat sie am 9. Oktober die Quittung erhalten.

Bürgerliche Kommentatoren haben ferner darauf hingewiesen, daß für den Aufstieg Haiders auf Kosten der Koalition vor allem auch die Ausländer- und Einwanderungspolitik verantwortlich sei, die „der sozialdemokratischen Basis allmählich gegen den Strich ging“ (*Südkurier*). Wenn dem so sein sollte, so trifft ÖVP und SPÖ daran eine Mitschuld. Haben sie doch Haiders Ausländerhetze in den vergangenen Jahren und Monaten immer weiter nachgegeben und damit Haiders Linie, die sozialen Probleme könnten via Ausländerentrichtung gelöst werden, indirekt bestätigt. Daß dann irgendwann das (freiheitliche) Original der (sozialdemokratischen) Kopie vorgezogen wird, ist ein nicht unbekanntes Phänomen. Vranitzky und andere Funktionären haben jetzt eine grundlegende Parteireform angekündigt. Ob die einer zur Staatspartei verkommenen SPÖ, die in wichtigen Fragen nach der rechtsnationalen FPÖ schielt, allerdings wieder soziales Profil verleihen kann, bleibt abzuwarten.

Quellen: *Südkurier*, 10./11.10., *Junge Welt*, 11.10. — (jüg)



Fabriken, Geschäfte, Büros und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes vom Streik stillgelegt; etwa fünf Millionen Menschen bei Demonstrationen und Kundgebungen in 90 Städten — Italien erlebte am 14. Oktober auf den Aufruf der Gewerkschaften eine der größten Mobilisierungen der Nachkriegszeit. In den Zentren wie Mailand (300 000 Teilnehmer, s. Bild) faßten selbst die größten Plätze die Demonstranten nicht. Aber auch in vielen mittleren und kleineren Städten kamen jeweils Zehntausende zusammen. Ziel der Aktionen war und ist die Abwehr des Finanzgesetzes 1995 und dabei insbesondere der geplanten Rentenkürzungen. Ein Minister der Rechtsregierung hatte noch kurz zuvor erklärt: „Laßt sie doch streiken. Hinterher kehren sie zur Arbeit zurück, und alles wird vorbei sein.“ Nach den Aktionen zeigten sich in der Rechtskoalition aus Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale Differenzen über weitere Verhandlungen. Die Gewerkschaften wollen auf den großen Mobilisierungserfolg hin mit lokalen Streikaktionen und eventuell einer nationalen Demonstration in Rom mit einer Million Teilnehmern am 19. November weitermachen. — (rok)

Wiedereinführung der Todesstrafe gefordert

**Französische Rechte macht Stimmung
Innenminister Pasqua heizt die Kampagne an**

Nach dem gewaltsamen Tod von drei Polizisten und einem Taxifahrer bei einer Verfolgungsjagd der Polizei Anfang Oktober hat sich Innenminister Pasqua für die Wiedereinführung der 1981 in Frankreich abgeschafften Todesstrafe ausgesprochen. Pasqua ist einer der glühendsten Verfechter der Guillotine, der wieder einmal an einer verfassungsrechtlichen Frage die Verbindung der Konservativen mit den Faschisten der Nationalen Front um Le Pen und de Villiers sucht. De Villiers, ehemaliger Abgeordneter der Republikanischen Partei, hatte ebenso wie Le Pen gegen die Abschaffung der Todesstrafe polemisiert: Die sozialistische Regierung hätte sie „für die Kriminellen abgeschafft, aber nicht für die Opfer“. Die Folge sei, daß das Chaos das Land regiere. Pasqua teilte daraufhin der Öffentlichkeit mit, er sei für die Wiedereinführung der Todesstrafe, z.B. für „die gemeinsten Mörder“ oder diejenigen, die „ältere Menschen, die sich nicht verteidigen können, angreifen“. Erst Ende 1993 hatten die Rechten, angeführt von Pasqua, einen erneuten Anlauf genommen, als 171 Abgeordnete der Regierungsparteien RPR-UDF für die Wiedereinführung der Todesstrafe in „vier Ausnahmefällen“ eintraten: bei Kindermord, wiederholten Bluttaten und Folter sowie bei Tötung von Polizisten und Gefängniswärtern.

Pasqua arbeitet seit seiner Amtseinführung zielstrebig am Ausbau des französischen Staatsapparates zum Polizeistaat, an der Beseitigung von Hemmnissen für den Einsatz der Staatsmacht. Die Polizeikräfte sind nicht nur ver-

stärkt worden. In den großen Städten treten sie massiv in der Öffentlichkeit auf. Die CRS, die Truppen des Innenministers, patrouillieren in den U-Bahnen und Zügen, auf öffentlichen Plätzen und Straßen. Pasquas Gesetze zur „vorbeugenden Identitätskontrolle“ erlauben der Polizei Personenkontrollen ohne Begründung und zu jeder Zeit, was vor allem die maghrebinischen und afrikanischen Einwohner Frankreichs gewaltsam zu spüren bekommen. Pasqua will der Polizei zusätzliche Haushaltssmittel und Personal zur Verfügung stellen. Für 5000 weitere Polizisten sollen mehr als zehn Milliarden Francs im Haushalt locker gemacht werden.

Seit Anfang Oktober liegt der Nationalversammlung ein Entwurf für ein neues Demonstrationsrecht vor, das der Polizei erlaubt, bei Demonstrationen im Umkreis von zehn Kilometern Autos und Personen zu durchsuchen. „Gewalttätige“ Demonstranten sollen mit einem dreijährigen Demonstrationsverbot belegt werden dürfen, das Mittragen von Feuerwerkskörpern eine mehrmonatige Gefängnisstrafe und Geldbußen zur Folge haben. Ausländer, die sich gegen Übergriffe von Polizeikräften wehren, sollen mehrere Jahre außer Landes gewiesen werden. Der Polizei soll außerdem ermöglicht werden, ohne jegliche richterliche Genehmigung Durchsuchungen durchzuführen. Und schließlich sehen die „Sicherheitsgesetze“ Pasquas die flächendeckende Überwachung von Straßen und öffentlichen Räumen durch Videokameras vor.

Quellen: *Libération*, 5.10., 7.10.94; *Humanité*, 8.9., 7.10.94 — (map)

Wachsende Solidarität bei Angestellten

**Befragt: Siegfried Deuschle,
Betriebsrat bei Mercedes-Benz**

■ Heute abend formulierte in der Landesschau Herr Hundt die Forderungen des VMI zur Tarifrunde '95. Stellen in Zukunft die Arbeitgeber die Tarifforderungen?

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit werden die Unternehmer auch frecher gegenüber den Arbeitnehmern in den Betrieben. Letztes Jahr sind sie zum ersten Mal mit der Kündigung von Tarifverträgen in die Tarifrunde gegangen. Was damals einmalig schien, gehört jetzt anscheinend zur veränderten gesellschaftlichen Realität. Durch die Situation, daß die Arbeitslosigkeit weiter wächst trotz steigender Konkurrenz, wollen sie Druck ausüben — sie gehen davon aus, daß die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die Belegschaften lähmmt.

■ Herr Hundt fordert Kostenentlastung, d.h. Kompensation der Lohnerhöhung durch Produktivitätsverbesserung oder Abstriche bei Urlaubsgeld, Überstundenzuschlägen etc., insbesondere aber, daß die 35-Stunden-Woche aufgeschoben wird.

Für die Metaller und Metallerinnen kann es kein Abrücken von der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geben. Dazu zwingt schon die Situation, wie ich sie vorher beschrieben habe. Mit dem Tarifvertrag zur Beschäftigungsicherung vom vergangenen Jahr mußten die Unternehmer erstmals zugeben, daß Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze sichert. Und damit ist klar: Wenn die Höhe der Arbeitszeitverkürzung groß genug ist, können die Unternehmer auch zu Einstellungen gezwungen werden. Die momentane Entwicklung schreit direkt nach Arbeitszeitverkürzung.

In den letzten zwei Jahren hat es gerade in der Metall- und Elektroindustrie ganz gewaltige Produktivitätssprünge gegeben. Damit ist die von Hundt geforderte Kompensation bereits größten-

teils von den Unternehmern eingefangen worden. Dazu zur Erinnerung: im vergangenen Jahr hatten wir ja auch eine Nullrunde bei Lohn und Gehalt. Die Forderungen von Hundt würden eine Neuauflage der Nullrunde bedeuten.

■ Wie hat sich bei Euch die Einkommenssituation seit der letzten Tarifrunde entwickelt?

Seit Jahren haben wir Reallohnverluste, d.h. die Preissteigerungsraten wurden durch die Tariferhöhungen kaum eingefangen; und die Produktivitätszuwächse wurden überhaupt nicht mehr an die Beschäftigten weitergegeben, sondern wurden allein von den Unternehmern kassiert. Das bedeutet ja eigentlich eine Lohnsenkung. Das alles entlarvt doch das Gerede von der „notwendigen Kompensation“.

■ Von Mercedes waren in den letzten Wochen fast unglaubliche Zahlen über die Produktivitätssteigerung zu hören. Wie kommt das zu stande? Sind da die Arbeitsbedingungen noch erträglich? Wie wirkt sich das auf die Gesundheit aus?

Im letzten Jahr ist die Produktivität im PKW-Bereich im Schnitt um 21 Prozent gestiegen. Diese Steigerung der Produktivität wurde erreicht durch neue Technologien und veränderte, fertigungsgerechtere Konstruktion, vor allem aber auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen. Dazu gehören verkürzte Vorgabezeiten und das Durchfahren von Pausen usw. Trotzdem ist der Krankenstand gesunken. Das hat die Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes bewirkt und die Angst vor Ver-

In weiten Teilen ist die Leistungsschraube derart angezogen worden, daß das Tempo selbst von olympiareifenden Fachkräften kaum noch durchzuhalten ist. Ich kann mir kaum vorstellen,



len, daß ein derartiger Leistungsdruck von den Kolleginnen und Kollegen ohne gesundheitliche Gefährdung über einen längeren Zeitraum durchzuhalten ist. Eigentlich ist die Schraube sogar schon überdreht.

■ Auf der Delegiertenkonferenz der IG Metall vor knapp vier Wochen wurde einer Prozentforderung der Vorrang gegeben. Aus Betrieben, z.B. Bosch Feuerbach, wurden Festgeldforderungen bekannt. Wie ist der Diskussionsstand bei Euch?

Die Diskussion um Festgeld oder prozentuale Forderungen teilt die IG Metall. Bei uns im Werk ist es auch so, wobei es aber sehr starke Tendenzen hin zu Festgeldforderungen gibt oder zu einer Mischform mit prozentualer Forderung und Festgeldanteil, z.B. Sockelbetrag. Das gilt als Kompromißform, um die unteren Einkommen überproportional anzuwachsen zu lassen. Das ist eine Forderung, die auch in Angestelltenbereichen zunehmend Zustimmung findet.

Überhaupt findet man ein gutes

Stück Solidarität bei den Angestellten, zugunsten der niedrigeren Einkommen bei sich selber auf größere Einkommenszuwächse zu verzichten. Bei den angestellten Kolleginnen und Kollegen verbreitet sich die Einsicht, daß die offizielle Warenkorb-Preissteigerungsrate eine theoretische ist und mit der praktischen im täglichen Leben nichts zu tun hat.

Vor allem die Mietsteigerungen sind deutlich überproportional, und auch die Waren des täglichen Bedarfs liegen deutlich über der offiziellen Durchschnittssteuerung, was vor allem die Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen hart trifft. Es sind auch schon erste Ergebnisse in der Diskussion in Richtung zur Überwindung der Schranken zwischen Arbeitern und Angestellten festzustellen.

Siegfried Deuschle, Mitglied der IG Metall, ist Betriebsrat (Angestellte) bei Mercedes-Benz in Sindelfingen. Mit ihm telefonierte am 10.10. für Kommunale Berichte Stuttgart Ulrike Küstler.



Köln. Mitglieder der Deutschen Liga griffen im Kölner Kommunalwahlkampf mehrfach zur Gaspistole. Nach Angaben der Polizei ist es seit August in acht Fällen an Wahlständen der neofaschistischen Partei zu Auseinandersetzungen gekommen. Die VVN/BdA hatte bereits im Mai Strafanzeige gestellt, weil die Liga solche Einsätze öffentlich propagierte.

Die Deutsche Liga erhielt am 16. Oktober dann 1,3% und ist damit nicht mehr im Stadtrat und auch in keiner Bezirksvertretung.
— (jöd, Bilddokumentation: Kölner Stadt-Anzeiger)

Bürgerbefragung zur Wahl Jede/r hat eine Stimme!

Köln. Am 16. Oktober konnten die Kölner Bürgerinnen und Bürger nicht nur ihren Stadtrat neu wählen und zur Bundestagswahl gehen. Sie konnten auch abstimmen über das Recht auf die doppelte Staatsbürgerschaft für „ausländische“ Mitbürger, die seit 5 Jahren in Deutschland leben, damit diese dieselben Bürgerrechte haben. Die Abstimmung fand vor 50 Wahllokalen statt, viele Wahlhelferinnen und Wahlhelfer beteiligten sich an der Aktion, die von der Aktion Doppelbürger e.V. initiiert worden war.

Insgesamt 16575 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an der Abstimmung, 14260 stimmten mit Ja, 2279 mit Nein, 36 Stimmzettel waren ungültig. Im Schnitt stimmten also etwa 80 Prozent für ein Recht auf Doppelte Staatsbürgerschaft, 20 Prozent stimmten dagegen.

Es beteiligten sich auch relativ viele an der Bürgerbefragung, die nicht der gleichen Meinung waren wie die Initiatoren, so daß dies ein durchaus repräsentatives Stimmungsbild in der Bevölkerung widergibt.

Mit dem Ergebnis der Abstimmung wird nun die künftige Bundesregierung konfrontiert und die neu gewählten Fraktionen des Bundestages werden aufgefordert, endlich die gesetzlichen Voraussetzungen zum Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft zu schaffen.
— (u.b.)

Frankfurter-Jobticket muß bleiben!

Frankfurt. Gegen Erwägungen der Stadt Frankfurt, im Falle einer endgültigen juristischen Niederlage bei der Streichung der Ballungsraumzulage, das Jobticket zu streichen, beschloß die Personalversammlung der Sozialverwaltung am 27.9.94 folgende Resolution:

Alle Überlegungen und Pläne zur Streichung des Job-Tickets werden von uns entschieden abgelehnt. Das JobTicket ist für uns von großer Bedeutung. Es stellt einen hohen materiellen (und ideellen) Wert dar. Der Verzicht würde für viele Kolleginnen und Kollegen, vor allem für die, die außerhalb Frankfurts wohnen, eine drastische Verschlechterung ihrer finanziellen Situation bedeuten. Zudem wären Ansätze einer ökologisch orientierten Ver-

HAMBURG**IG Medien legt neues Pressegesetz vor**

Unter dem Motto „Demokratie statt Hierarchie“ stellt die dju Hamburg in ihrer Zeitung *feder* die wichtigsten Punkte vor, die die IG Medien im Entwurf für ein neues Pressegesetz vorschlägt.

Um die journalistische Unabhängigkeit zu stärken, fordert sie, daß kein Journalist veranlaßt werden darf, Beiträge zu verfassen, die seiner Überzeugung widersprechen.

Journalisten sollen Mitsprache bei der Einstellung oder Abberufung von Chefredakteuren erhalten. Zeitungen und Zeitschriften sollen regelmäßig wirtschaftliche Beteiligungen am Verlagsunternehmen offenlegen: „Die Konzentration von Medienmacht in der Hand weniger — anonymer — Konzerne macht es Journalisten, aber vor allem Leserinnen und Lesern immer schwerer

zu erkennen, welche Informationen ihnen aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung gegeben oder vorenthalten werden.“ Regelmäßig veröffentlicht werden sollen auch die publizistischen Richtlinien der jeweiligen Presseorgane. Schließlich greift die IG Medien eine Forderung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma auf: „Die Berichterstattung ist entsprechend Artikel 3, Absatz 3 und Artikel 1 Grundgesetz so zu halten, daß sie nicht diskriminierend und vorurteilsschürend wirkt. Insbesondere darf bei Berichten über Beschuldigte einer Straftat nicht auf deren mögliche Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheit oder auf die Hautfarbe hingewiesen werden, ohne daß für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein zwingender Sachbezug besteht.“ (Nach „feder Hamburg“ — scc)

HESSEN**Mieterbund kritisiert Wohnungspolitik**

Der Hessische Mieterbund (DMB) befaßte sich auf seiner letzten Arbeitstagung u.a. mit dem jüngsten Wohnungsbericht der Landesregierung.

Behandelt wurde insbesondere die Entwicklung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und die sog. Fehlbelegungsabgabe, die seit 1993 von den Mietern des sozialen Wohnungsbaus gezahlt werden muß, deren Haushaltseinkommen 40% über den einschlägigen Einkommensgrenzen liegt.

Die Anzahl der „Fehlbeleger“ mußte mittlerweile deutlich nach unten korrigiert werden. Im Landesdurchschnitt beträgt die Quote 20% (Frankfurt: 31%). Ursprünglich waren Durchschnittssätze von 30 bis 40% prognostiziert worden. Die Korrektur wurde notwendig, weil die Wohnungsämter den von vielen Mietern (Frankfurt: 7%) gegen die Leistungsbescheide eingelegten Widersprüchen stattgeben mußten. Für den DMB strafen diese Zahlen diejenigen der Lüge, die in der Vergangenheit mit der Behauptung hoher „Fehlbelegungsquoten“ den öffentlich geförderten

ten Wohnungsbau diskreditieren wollten.

Der Stadt Frankfurt flossen seit 1993 ca. 20 Mio. DM (Ist-Stand) aus der „Fehlbelegungsabgabe“ zu. Die Gelder müssen wieder im öffentlich geförderten Wohnungsbau eingesetzt werden. Der geplante Ausgabenzuwachs im Haushalt (1994: 27 Mio. DM; 1995: 45 Mio. DM) ist ausschließlich auf die Zwangsabgabe zurückzuführen. Hätte die Stadt nicht die Möglichkeit, die in der Regel allenfalls durchschnittlich verdienenden „Fehlbeleger“ zusätzlich zur Kasse zu bitten, wären die im Haushalt für den Wohnungsbau eingeplanten Mittel sogar weiter gesunken.

Die Landesregierung wird die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen weiter senken, von derzeit 10 auf 7,5 Tsd. Wohnungen im Jahr. Nach Berechnungen des DMB müßten mindestens 15 Tsd. Wohnungen in Hessen jährlich gefördert werden, um die Entlassung von 60 Tsd. Sozialwohnungen aus dem Altbestand auf den „freien Wohnungsmarkt“ in den nächsten vier Jahren zu kompensieren. — (ola)

kehrspolitik zunichte gemacht. Wir sind bereit, uns an Aktivitäten zur Verteidigung des Job-Tickets zu beteiligen. — (Frankfurter Info)

Schulsituation wird immer unerträglicher

Stuttgart. Vier Wochen nach Schulbeginn haben die Elternabende stattgefunden und die Schüler, Lehrer, Eltern und Schulleiter an den Grund- und Hauptschulen in Karlsruhe sollen sich noch mehr als bisher mit den „Sachzwängen“ abfinden: Mayer-Vorfelder als Finanzminister und hinter ihm die ganze Landesregierung streichen notwendige Finanzmittel und wollen mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen im Bildungsbereich den Angriff auf die bestehenden Bildungsstandards noch forcieren. Das Ergebnis sind neben vielen anderen Auswirkungen große Klassen, überlastete Lehrer, Unplanbarkeit der Klassenlehrerdisposition im Grundschulbereich, Kürzungen für Sachmittel, Ausfall von Schulstunden und Flickschusterei auf allen Ebenen.

Bis zu 63 Kinder können in zwei Klassen unterrichtet werden. Es ist mittlerweile gang und gäbe, daß an einer

Grundschule drei Klassen in zwei zusammengewürfelt werden, weil durch Wegzug u.a. die kritische Zahl von 63 unterschritten wird. Dann sind statt ca. 20 Kinder mit einem Mal über 30 in einer Klasse.

Unter anderem mit Hilfe von Organisationserlassen des Kultusministerium wird die Menge des Unterrichts pro Schüler derzeit von Jahr zu Jahr verringert: zum einen durch Unterversorgung mit Lehrern, zum anderen durch Streichung von Förderunterricht, Fremdsprachprojekten in der Grundschule und zum dritten durch die Kürzung der Stundentafeln, die seit diesem Schuljahr in Kraft ist. Die Schülerzahlen werden steigen in den kommenden Jahren, die Schere der Unterversorgung wird noch weiter aufgehen, wenn nicht Einhalt geboten wird. — (evd)

Auseinandersetzung um Textiltarif Südbayern

München. In der südbayerischen Textilindustrie kam am 6. Oktober 1994 ein Tarifabschluß zustande, der für die 20000 Beschäftigten eine Anhebung der Löhne und Gehälter um zwei Prozent ab Januar 1995 vorsieht. Bereits 1993 war

Kommunalwahlen Nordrhein-Westfalen**Bürgerliches Lager geschwächt, Grüne stärker als bei den Bundestagswahlen**

Der Sturm auf die „roten Rathäuser“, zu dem die CDU in Nordrhein-Westfalen aufgerufen hatte, ist wieder gescheitert. Aus den Kommunalwahlen, die wie die Bundestagswahl am 16. Oktober stattfanden, ging das bürgerliche Lager geschwächt hervor.

Die CDU konnte ihren Stimmenanteil zwar auf 40,3 Prozent steigern (1989: 37,5 Prozent). Die FDP verfehlte jedoch den Einzug in die meisten Stadträte: Mit 3,8 Prozent erhielt sie landesweit nur halb so viele Stimmen wie bei der Bundestagswahl. Die Republikaner erhielten bei den Kommunalwahlen 0,6 Prozent und schafften nirgends den Einzug in einen Stadtrat, andere faschistische Organisationen ebenfalls nicht.

Bei leichten Verlusten auf 42,7 Prozent (1989: 43,0 Prozent) hat die SPD in vielen Stadträten, vor allem im Ruhrgebiet, nach wie vor die absolute Mehrheit der Sitze halten können. Durch deutliche Stimmengewinne von Bündnis 90/Die Grünen wird es in etlichen Städten rot-grüne Bündnisse geben. Das ist der Fall in konservativen Hochburgen wie Bonn und Münster sowie in Bielefeld, wo seit 1989 ein Bündnis von CDU, FDP und der von Frau Oetker angeführten „Bürgerliste“ die Mehrheit im Stadtrat hatte.

Nur in Krefeld kann die CDU nach einer Wahlperiode mit einer rot-grünen Mehrheit äußerst knapp wieder den Oberbürgermeister stellen.

Dabei entwickeln sich die Grünen in Nordrhein-Westfalen anscheinend immer mehr zu einem Sammelpunkt kommunalen Widerstands. Auch in Großstädten traten sie oft mit offenen Listen an. Während sie bei den Bundestagswahlen mit 781188 Stimmen 7,4 Prozent erhielten, kamen sie bei den Kommunalwahlen auf 1062182 Stimmen (10,2 Prozent).

In Köln erhielten die Grünen gar 15,2 Prozent, in Düsseldorf 12,6 Prozent, in Bonn 13,8 Prozent. Die Grünen könnten ihre Position allerdings stark beschädigen, wenn in einigen Städten laut gewordene Überlegungen zu schwarz-grünen Bündnissen tatsächlich umgesetzt

werden sollten.

Die DKP verlor dagegen ihre letzten Positionen in Rathäusern und Bezirksvertretungen. In Bottrop erhielt sie 3,8 Prozent (1989: 9,2 Prozent), in Gladbeck scheiterte sie mit 4,9 Prozent (1989: 8 Prozent) knapp. Auch wenn diese Ergebnisse durchaus beachtlich sind: Die Mischung von Interessenvertretung und Parteifahne, für die die DKP in den beiden Städten steht, hat deutlich an Zugkraft verloren. Aus der Bezirksvertretung Düsseldorf-Gerresheim fiel die DKP mit 3,5 Prozent heraus.

Linke Bündnisse konnten immerhin in Einzelfällen Ratsmandate erringen. So erreichte die aus der DKP hervorgegangene Demokratische Linke Wülfrath mit 13,2 Prozent wieder 5 Mandate, während die Grünen in Wülfrath 6 Prozent und 2 Sitze erhielten.

Die Alternative Liste Düsseldorf, ein Bündnis von einem abgespaltenen Teil der Grünen mit DKP, PDS, VSP und anderen erhielt dagegen nur 0,5 Prozent, die Alternative Liste Köln 0,3 Prozent. Auch die Bunte Liste Oberhausen konnte nicht wieder in den Rat einziehen. Über zwei Wahlperioden erfaßte sie fast das gesamte Spektrum der Linken in Oberhausen, einschließlich der Grünen. Diesmal stellten sich nach internem Krach die Grünen erstmals mit eigener offener Liste zur Wahl. Sie erhielten 6,9 Prozent, die Bunte Liste 1,8 Prozent. Offensichtlich hat die Spaltung auch die Position der Grünen geschwächt.

Es wird dennoch weiterhin möglich sein, in gewissem Rahmen Einfluß auf die Kommunalpolitik der Grünen zu nehmen. Darüber hinaus muß diskutiert werden, wie sich linker, kommunaler Widerstand eigenständig entwickeln kann.

Ein großes Hindernis ist die 5 Prozent-Klausel, die in Nordrhein-Westfalen auch bei den Kommunalwahlen gilt. Insofern ist eine Entscheidung des Landesverfassungsgerichts interessant: Im Zusammenhang mit einer Klage zu dem ab 1999 gültigen neuen Kommunalwahlrecht in Nordrhein-Westfalen verpflichtete es den Landtag, die 5%-Klausel zu überprüfen. — (wof)

festgelegt worden, daß ab 1994 die Löhne und Gehälter in der Textilindustrie um fünf Prozent gesteigert werden sollten. Als Ausweg aus dieser Lage griff der Kapitalistenverband Textil-Bekleidung Südbayern zu einem Trick: Er löste sich auf und gründete sich mit anderem Namen neu. So mußte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung mit dem „neuen“ Verband erneut über einen Lohn- und Manteltarifvertrag (MTV) verhandeln, der eigentlich noch nicht fällig war.

Es ging den Kapitalisten um das Urlaubs- und Weihnachtsgeld und um die Streichung der vereinbarten Lohnerhöhung. Nach ihrer Neugründung verschickten sie mit den Lohnzetteln an die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie an die Angestellten die Drohung, im neuen MTV Weihnachts- und Urlaubsgegeld nicht zu verhandeln und für 1994 das Urlaubsgegeld gar zurückzufordern. Eine brutale Methode, die große Unruhe in die Belegschaften brachte. Sollten doch nicht nur tarifliche Zahlungen gestrichen, sondern auch ausbezahlte Lohnanteile zurückgezahlt werden! Zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt ab Januar 1995 anstatt fünf Prozent mehr ab Mai 1994 ist sicherlich kein befriedi-

gender Abschluß für die Beschäftigten und ihre Familien, zumal zwei Prozent bei weitem nicht die Teuerung der Lebenshaltungskosten ausgleichen. Aber angesichts einer Drohung von Lohnrückzahlungen, die abgewendet werden konnten, sind die meisten Textil-Beschäftigten einverstanden. — (jol)

SAT.1 kündigt Kanal 4 fristlos

Köln. Am 26.9. hat SAT.1 den Vertrag mit Kanal 4, der mit seinem kritischen Programm bisher Sendefrequenzen von SAT.1 nutzen konnte, fristlos gekündigt. Anlaß ist ein Beitrag über Antifascist Genclik, der angeblich eine grobe Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland beinhaltet, den „antifaschistischen Kampf gegen das Hitler-Regime im Dritten Reich mit dem Kampf der Antifaschist Genschick“ heute gleichsetze. Gewalt werde als etwas billigendes dargestellt. Damit wird versucht, eine kritische Berichterstattung über den Kaindl-Prozeß, wo Mitglieder dieser Organisation angeklagt sind, zu unterdrücken. Die Fernsehmacher von Kanal 4 werden das nicht so einfach hinnehmen. — (u. b.)

Gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

Folgen von beruflicher Ausgrenzung u. Diskriminierung für die Gesellschaft und den Einzelnen

Die Auswertung von vier Jahren Ausgrenzung und Widerstand dagegen waren Inhalt eines Betroffenentreffens, das auf Einladung der „Initiative für die völlige Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote“ am 24. September stattfand. Die knapp 60 Teilnehmer waren denn auch überwiegend Betroffene aus Ostberlin und Umgebung, einige solidarische Schüler sowie Rechtsanwälte. Ganze zwei (!) Personen gaben sich als „Wessis“ zu erkennen. Von den eingeladenen Parteien, Verbänden und Gewerkschaften entschuldigten sich lediglich zwei; zeitweise anwesend war der (damalige) Bundestagskandidat der PDS und

(...) Da es sich bei der Herstellung der deutschen Einheit 1990 nicht um eine echte Vereinigung gleichberechtigter Partner handelte, sondern um einen auf dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems beruhenden Anschluß der DDR, kam es zum Überstülpen der altbundesrepublikanischen Gesetzlichkeit, zur rigorosen Übertragung altbundesrepublikanischer Strukturen in allen Bereichen sowie — und das ist besonders beklagswert — zu einer in Siegermanier sich vollziehenden Abrechnung mit dem sogenannten Unrechtsstaat DDR und seinen bisherigen Bürgern. Stark verallgemeinert läßt sich sagen, daß es bei allen landesbedingten Spezifika, bei allen durch politische Konstellationen verursachten Varianten in allen neuen Bundesländern auf eines hinauslief und — leider läßt sich das Präsens nicht vermeiden — immer noch hinausläuft: auf eine große „Säuberungsaktion“, auf die Eliminierung des einstigen „staatstragenden“ Personals (ob Professor oder Volkspolizist, ob Schuldirektor oder Lokführer bei der Reichsbahn, ob Kindergärtnerin oder Chefarzt). Was die einstige DDR-Intelligenz anbelangt, ist der Ausdruck „kalte Enthauptung“ durchaus angemessen: Die mit leichten und zu vernachlässigenden Verzögerungen in allen ostdeutschen Ländern abgelaufene und ablaufende Entlassungswelle im öffentlichen Dienst folgt überall dem gleichen Politikansatz, den man so formulieren könnte: Statt objektiver, ausgewogener und redlicher Auseinandersetzung mit der Vergangenheit „Totalsanierung“, nachträgliche Kriminalisierung gelebten Lebens, Verächtlichmachung von Lebensleistung, Bestrafung für einstiges Engagement. (...) Als ob nicht das Prinzip der Versöhnung vor dem der Rache stünde, entstand ein Klima der Vergeltung, in dem es zur Aburteilung eines besiegt Regimes auf Geheiß des Siegerregimes kommt wie nach einer Eroberung. Eigentlich handelt es sich um eine Situation wie nach einem Bürgerkrieg oder auch um dessen Fortsetzung mit den Mitteln der öffentlichen Diffamierung, der beruflichen Ausgrenzung, ja sogar des Strafrechts. (...)

Obgleich der Begriff „Unrechtsstaat“ nirgendwo allgemein anerkannt rechtsverbindlich definiert ist, obgleich das einstige UNO-Mitglied DDR nie in diesem Sinne von der UNO oder Den Haag verurteilt wurde, taucht er im Einingungsvertrag von 1990 auf und bildet die Grundlage einer neuen Kollektivschuldebatte, die rechtsstaatlichen Kriterien keineswegs gerecht wird. Die These vom „Unrechtsstaat“ macht nur dann juristischen Sinn, wenn in der Konsequenz das Recht dieses Staates nicht als Recht anerkannt wird. Das juristisch Unhaltbare daran ist, daß die Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bzw. das Bekenntnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu Kriterien früheren Verhaltens z.B. von Lehrerinnen und Lehrern der ehemaligen DDR gemacht werden, obwohl das Grundgesetz auf dem Gebiet der DDR keine Gültigkeit

besaß. Wesentliches Merkmal für die Beurteilung des Rechtscharakters (auch des ehemaligen Staates DDR) ist die grundsätzliche Übereinstimmung mit den anerkannten Regeln des Völkerrechts. Wenn dagegen nachweisbar verstoßen wurde, ist selbstverständlich Rechenschaft zu fordern. Das pädagogische Personal der DDR, um im Bildungsbereich zu bleiben, hatte sich nach deren Rechtsvorschriften zu richten, war der DDR-Verfassung verpflichtet. Ihm ist nur vorzuwerfen, was unter DDR-Bedingungen vorwerfbar war. Jede Ausgrenzung, jedes Berufsverbot wegen Befolgung von DDR-Gesetzen und DDR-Vorschriften stellt demnach einen krassen Verstoß gegen Art. 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 (Quibus censetur innocens; nulla poena sine lege) und Art. 7 der (Europäischen) Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950 dar.

Umgang mit dem Begriff „Staats-“ bzw. „Systemnähe“

(...) Dieser rechtsstaatlich nicht abgesicherte, wissenschaftlich nicht definierte Begriff taucht zwar nicht im Einingungsvertrag auf, wohl aber in den ihn extensiv interpretierenden Nachfolgematerialien. Bei dem Bemühen, mit ihm zu operieren, mit seiner Hilfe „Ausgrenzungskriterien“ zu formulieren, greift man leichtfertig und skrupellos auf die seinerzeit gültigen Vorschriften aus der Zeit der Entnazifizierung nach 1945 zurück. So heißt es in einem internen Schreiben in Sachsen-Anhalt (vom 29.1.1992): „In Anlehnung an diese Rechtsprechung könnte für diese Frage der Ausgrenzungskriterien im neuen Schuldienst in Sachsen-Anhalt der Begriff der Förderung des realsozialistischen Systems der DDR herangezogen werden.“ Das ist unverschämt und beleidigend, weil die sicher auch indoktrinierende DDR-Schule zur Zwillingschwester der institutionalisierten Verbrecherideologie des Nationalsozialismus hochstilisiert wird. Unter dieser durch nichts gerechtfertigten Gleichsetzung leiden vor allem die älteren Lehrergenerationen. (...)

Folgen für den Einzelnen

Und die Folgen beruflicher Ausgrenzungen? Man ist geneigt, zuerst über die empfindliche materielle bzw. finanzielle Benachteiligung dieser neuen Berufsverbotssopfer bedauernd nachzudenken, weil das am ehesten in die Augen fällt und am leichtesten nachvollziehbar ist. So bedeutend dieser ökonomische Aspekt auch ist, mindestens von gleicher Relevanz sind psychologische und soziopsychologische Folgen von beruflicher Ausgrenzung. Es läßt sich sogar sagen, daß diese schwerwiegender sind, weil sie bedauerliche und gefährliche Langzeiteffekte auch und gerade politischer Art hervorbringen. (...) Viel beunruhigender und gravierender ist ein allerorts zu registrierender Prozeß der

Landesvorsitzende der HBV, Manfred Müller. — Soviel zu dem Interesse, das im Westen für ostdeutsche Probleme selbst in Wahlkampfzeiten gezeigt wird. Redbeiträge, Diskussion und weitere Ergebnisse dieses Treffens werden von der „Initiative“ demnächst veröffentlicht.

Weit davon entfernt, dieses Thema zu den Akten legen zu können, wollen wir mit den nachfolgend dokumentierten Texten die Diskussion — insbesondere auch im Westen — anregen und vertiefen. Es handelt sich hierbei um Auszüge des Vortrages von Professor Hora und von der „Initiative“ erarbeitete Thesen (Kasten). — (hat)

Entsolidarisierung, der natürlich — das sollte man offen benennen — bewußt gefördert wird. Anders läßt sich das nicht bewerten, wenn geäußert wird, es sei „unmoralisch“, wenn „Altlasten“ ihre Arbeit behielten, während „Unbescholtene“ bzw. „Unbelastete“ entlassen würden. Kurt Pätzold hat in einem interessanten Artikel „Gleichschaltung und Abwicklung“ (Neues Deutschland, 3.4.93) dargelegt, daß es 1933 nach Inkrafttreten des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums“ zu Erscheinungen kam, die wir auch heute registrieren können: „Gemeinsam ist indes den Gleichschaltungs- und Abwicklungsprozessen von Anfang der 30er und Anfang der 90er Jahre, daß sich außerordentlich rasch zwischen Betroffenen, Nichtbetroffenen und Noch- oder Vermeintlich-Nichtbetroffenen eine Desolidarisierung anbahnte und um sich griff.“ (...)

Da ist neue Vorsicht eingekehrt, neuer Opportunismus wuchert, neue Nischen werden gesucht. Diese neue „Zurückhaltung“, dieses „Kuschen“ bei umgekehrten Vorzeichen ist zwar erklärlich, eine neue Qualität politischer Kultur stellt es aber wahrlich nicht dar. Erlebnisse dieser Art müssen sich langfristig katastrophal auswirken. Einerseits die permanente Beschwörung von Rechtsstaatlichkeit, andererseits deren merkwürdige Auslegung, einerseits Aufforderung zu demokratischer Aktivität, andererseits deren Unwirksamkeit, einerseits die Berufung auf das Grundgesetz, andererseits Maßnahmen, die nur als „Gesinnungs-TÜV“ zu bezeichnen sind, einerseits klare Siege vor Gericht, andererseits die sofort nachgeschobene nächste Kündigung.

Dieser erlebbare Widerspruch ist gefährlich — vor allem für junge Leute. (...)

— Ist die Zusammenarbeit mit einem Staatsorgan des völkerrechtlich anerkannten Staates DDR eine pauschal vorwerfbar Handlung, wenn keine Verletzungen von Menschenrechten, Verstöße gegen die Rechtsordnung der DDR oder denunzierende Tätigkeit durchgeführt wurden?

— Kann die Entlassung aus dem öffentlichen Dienst wegen Zusammenarbeit mit dem MfS nur reduziert werden auf die Unterschriftenleistung unter eine Verpflichtung?

— Kann eine Verneinung der Frage nach einer Zusammenarbeit mit dem MfS (Frage 19 des fraglichen Personalfragebogens) Grund für eine fristlose Entlassung sein, da zum Zeitpunkt des Ausfüllens des Fragebogens eine undifferenzierte Entlassung aus dem öffentlichen Dienst erfolgte?

— Kann es sein, daß ein Betroffener eine längere Zeit zurückliegende Zusammenarbeit mit dem MfS tatsächlich nicht mehr wußte und die Frage 19 unbewußt wahrheitswidrig beantwortete?

— Widerspricht die Vorlage der Unterlagen der Gauck-Behörde im Personalgespräch (vorgebliche Einzelfallprüfung) oder das Unterlassen der Vorlage der Unterlagen aus der Gauck-Behörde dem Recht nach rechtsstaatlichem Gehör?

— Wäre es nicht fair, daß die Gauck-Behörde, bei positivem Gauck-Bescheid dem Betroffenen auf Antrag unkonventionell Einsicht über die in der Gauck-Behörde vorliegenden Unterlagen gewährt?

— Wie lange ist eine Zusammenarbeit mit dem MfS vorwerfbar und kann zur Entlassung aus dem öffentlichen Dienst führen?

— Kann die Einzelfallprüfung nur auf eine Anhörung zu vorliegenden Vorwürfen einer Zusammenarbeit mit dem MfS in Form eines Personalgesprächs reduziert werden, oder müßte nicht das Verhalten seit der Wende mit beachtet werden?

— Wer sollte die Entscheidung über eine Suspendierung und Ausspruch

einer fristlosen Entlassung treffen?

— Wie können diejenigen rehabilitiert werden, die zu einem Aufhebungsvertrag veranlaßt oder aus dem öffentlichen Dienst entlassen wurden, obwohl es Zweifel über die Berechtigung der Kündigungs- bzw. Entlassungsgründe geben könnte?

— Sollte nicht bei jedem Landtag eine aus allen im Landtag vertretenen Fraktionen bestehende Überprüfungskommission gebildet werden, die ein Vetorecht zu Suspendierungen und vorgesehenen sowie zur Überprüfung (auf Antrag Betroffener) von bereits seit dem Beitritt erfolgten Entlassungen haben sollte?

— Welche Zeitspanne ist dem Kündigungsrecht für die Formulierung einer Unzumutbarkeit zwischen Erhalt des positiven Gauck-Bescheides und der Einleitung des Kündigungsverfahrens zuzubilligen?

— Sollten nicht im Interesse der Verhinderung einer weiteren inneren Spaltung der deutschen Nation als einem Akt der Toleranz und Versöhnung die Sonderkündigungsrechte aus dem Einigungsvertrag aufgehoben werden, mit den Betroffenen eine politische Auseinandersetzung ohne Entlassung aus dem öffentlichen Dienst erfolgen und eine Entfernung aus dem öffentlichen Dienst nur auf Fälle eines gerichtlichen Nachweises von Menschenrechtsverletzungen und strafrechtlich relevanter Handlungen beschränkt werden?

— Sollten nicht die ehrverletzenden Bestimmungen zur Aberkennung von Dienstzeiten im öffentlichen Dienst der DDR beseitigt und ein Schlußstrich unter den Biographien 100000er Beitrittsbürger gezogen werden?

— Sollte nicht endlich die weitere Reduzierung des öffentlichen Dienstes unter Anwendung marktwirtschaftlicher Kriterien beendet werden und statt Arbeitslosengeld ein Entgelt für die Weiterführung bisheriger Beschäftigungen, in Lehrertätigkeiten z.B. zur Erhaltung geringerer Klassenfrequenzen gezahlt werden?

Die PDS Sachsen nach dem Wahlmarathon '94

Was könnte man unter Biedenkopfs Mehrheit im neuen sächsischen Landtag bewirken?

Ein Rekordergebnis fuhr die PDS in Sachsen bei den Bundestagswahlen ein. Mit 426378 Stimmen wurden 175000 mehr erzielt als 1990. Sechs Kandidaten der sächsischen Landesliste, Heinrich Graf von Einsiedel, Barbara Höll (sie erreichte 29,8 % der Erststimmen im Leipziger Wahlkreis I), Christina Schenk, Steffen Tippach (sicher einer der jüngsten Bundestagsabgeordneten), Uwe-Jens Heuer und Heidemarie Lüth wurden dadurch gewählt. Spitzenergebnisse in Sachsen wurden in Hoyerswerda mit 27 %, Weißwasser mit 26,2 % und Kamenz mit 26,1 % erzielt.

Aller (berechtigter) Jubel kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dennoch ruhig geworden ist; ruhig nämlich um die am 11. September neu gewählte Landtagsfraktion PDS. Seit der Konstituierung der nunmehr 21 Personen starken Fraktion (bisher 16), die von einem „Theaterdonner“ begleitet war, festgemacht an unterschiedlichen Sichtweisen bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden Prof. Peter Porsch, (ohne Gegenkandidat dennoch drei Wahlgänge) war nicht allzuviel zu vernehmen. Mag sein, daß das dem Bundestagswahlkampf geschuldet war. Nimmt man Veröffentlichungen des in Sachsen erscheinenden, sehr PDS-nahen „Links-Blick“ zum Maßstab, liegt aber auch die Vermutung nahe, daß die Fraktion vor allem mit sich selbst beschäftigt ist.

Zugegeben, Dresdens PDS-Chefin Christine Ostrowski versuchte, eine Debatte über die künftige PDS-Politik anzuregen (mit bislang mäßigem Echo), und der stellvertretende PDS-Landes-

vorsitzende Ronald Weckesser stürzte sich vehement in eine Auseinandersetzung mit dem bisherigen PDS-Fraktionschef Klaus Bartl.

Allerdings: Das ist wohl kaum das, was Wahlvolk und Mitgliedschaft der PDS erwarteten. Schlagabtausche solchen Kalibers war man aus der zurückliegenden Legislaturperiode gewohnt. Pikanter an der jetzigen Situation ist lediglich, daß die vormaligen Streithähne (und -hennen) dank Wählerauftrag nun in einer Fraktion zusammengeführt wurden.

Wenn man es jetzt verstünde, diesen Zündstoff in Treibstoff umzuwandeln!

Vielleicht ist es für diese legitime Forderung einfach noch zu früh. Andererseits: Vier Jahre Parlamentsarbeit haben nicht nur Spuren hinterlassen, sondern auch Erfahrungen vermittelt, so daß auch eine neu gewählte Fraktion nicht beim Punkt Null anzufangen braucht. Es sei denn, sie legte darauf keinen Wert.

Diese Überlegung drängt sich einem allerdings auf, wenn man ein sogenanntes „innerfraktionelles Diskussionspapier“ zur Hand nimmt, das vier Mitglieder der neu gewählten Fraktion vor wenigen Wochen auf den Tisch legten. Zunächst — das Attribut „innerfraktionell“ sagt's ja schon — zur Selbstverständigung gedacht, wurde es „Buschfunk“ sei Dank, schnell bekannt, so daß sich die Autoren entschlossen, mit dem Abdruck im „LinksBlick“ 19/94 Öffentlichkeit zu suchen.

Das Echo war enorm. Die Skala der Reaktionen reichte von tiefer Betroffenheit bis zu befürwortendem Ver-

ständnis. Überwiegend jedoch wurde Kritik geübt. Wolfgang Hinz aus Plauen beispielsweise gestand den Autoren zu, neue, auch unkonventionelle Überlegungen anzustellen. Gleichwohl dürfte er jedoch den Nerv vieler PDS-mitglieder und -Wähler in Sachsen getroffen haben, wenn er moniert, daß an nicht einer Stelle des Papiers Aussagen zu Inhalten opositioneller Politik getroffen werden. Ebenso kritisiert er, daß der ganze Bereich „Soziales“, wenn überhaupt, dann nur unvollständig widergespiegelt wird. Unverständlich für ihn, denn: „Einen nicht unwesentlichen Teil unserer Wähler haben wir eben durch unsere sozialpolitischen Aktivitäten gewonnen. Der PDS wird auf diesem Gebiet auch Kompetenz zugesprochen.“

Dr. Thilo Fischer aus Dresden bemängelt, daß das Wahlprogramm der sächsischen PDS „Leben in Menschenwürde“ keine Rolle spielt im Diskussionspapier und sieht — sicher nicht zu unrecht — wesentliche „Geschäftsbedingungen“ zwischen Partei und Wählern in Frage gestellt, zumindest argwöhnt er einen Verlust an Glaubwürdigkeit.

Weitere Kritikpunkte sind das in Gang gebrachte Volksbegehren zur Verfassungsnovellierung und das Herangehen der Autoren an strukturelle Fragen. Während ersteres keinerlei Erwähnung findet und somit kaum hilfreich sein dürfte für die Tausenden ehrenamtlichen Unterschriftensammler in Sachsen, die schon seit Tagen dafür „in den Startlöchern hocken“, wird mit dem angedeuteten Verzicht auf die Arbeit bisher existierender Regionalgeschäftsstellen ein elementares Problem be-

rührt. Richtig ist ohne Zweifel, die Effektivität jeder dieser Geschäftsstellen gewissenhaft zu prüfen. Sich ihrer jedoch kurzerhand zu entledigen, verrät wenig vorausschauendes Denken. Nicht einmal in erster Linie weil es eine Binsenweisheit ist, daß die nächsten Wahlen bestimmt kommen, sondern vor allem deshalb, weil mit dem Wegfall von Mitarbeitern und Büro wichtige Kontaktpersonen resp. Anlaufstellen für die Fraktion abgeschaßt würden. Wahlkreisarbeit wäre somit tatsächlich beim Punkt Null neu aufzubauen.

Für einen Wirbel sorgten auch Überlegungen, die Arbeit bisheriger Mitarbeiter komplex in Frage zu stellen und zur Neubesetzung die Stellen bundesweit auszuschreiben. Abgesehen davon, daß es für die jeweils betroffenen MitarbeiterInnen ziemlich frustrierend sein muß, wenn ihre Arbeit defacto so entwertet wird, so wird unterhand nicht eben beflügelndes „Ossi-Wessi-Feeling“ neu aufgewärmt. Thilo Fischer artikuliert sicherlich Mehrheitsreaktionen mit der zornigen Feststellung: „Kompetenz und Wissen sind doch wohl hier genügend vorhanden!“

Sicher ist den vier Autoren zumindest Dank dafür zu sagen, daß sie ein Angebot zur Diskussion unterbreitet haben. Notwendig wäre aber, daß der über die Mitgliedschaft der PDS hinausgehende Kreis von Wählern und Sympathisanten mit einbezogen würde in die Debatte; schon allein deshalb, um Spekulationen nicht ins Kraut schießen zu lassen. Dazu bedürfte es aber deutlicher Worte, besser: überschaubarer Konzepte aus der Landtagsfraktion. — (sta)

Der lange Weg zur RÜHE-losen Heide

Widerstand gegen einen Truppenübungsplatz der Bundeswehr in Sachsen-Anhalt

Nach und nach nimmt die Bundeswehr die Liegenschaften der NVA und der GUS-Streitkräfte in Besitz. Obwohl die Bundeswehr mit Arbeitsplatzschaffung lockt, gibt es anhaltenden Widerstand gegen die weitere Nutzung dieser Areale, insbesondere als Truppenübungsplätze. Nachfolgend berichten wir über die Colbitz-Letzlinger Heide anhand der von Professor Lüderitz (PDS) vor dem Landtag gehaltenen Rede. — (har)

Die Frage, was aus der Colbitz-Letzlinger Heide wird, hat den Landtag in seiner 1. Legislaturperiode oft und umfangreich beschäftigt. (...) Ein Höhepunkt der parlamentarischen Arbeit war zweifellos der vor knapp 3 Jahren gefaßte Beschuß zur zivilen Nutzung und naturräumlichen Sicherung der Colbitz-Letzlinger Heide. Auf diesen Höhepunkt folgten dann leider zahlreiche Tiefpunkte. Eine ganze Anzahl von Anträgen der damaligen Oppositionsfraktionen, mit denen der eben genannte Beschuß ausgestaltet werden sollte, verfielen der Ablehnung. (...)

Mit geraumer Verzögerung installierte die Landesregierung beim Regierungspräsidium eine Arbeitsgruppe zur zivilen Nutzung der Heide (...)

In den letzten Monaten war nun von verschiedener Seite her die Rede davon, eine militärische Option erfreue sich in der Region zunehmender Beliebtheit. Die solches verkündeten und verkün-

den, sind (natürlich) die Bundeswehr selbst, ihre Forstverwaltung und etliche CDU-Politiker.

Fakt ist: Aufgrund der eben geschilderten bisherigen Situation haben viele Leute nicht mehr so recht daran geglaubt, daß es die Landespolitik mit ihren Bekenntnissen zur Entmilitarisierung der Heide noch so richtig ernst meint. Eine flächendeckende Akzeptanz des weiteren militärischen Mißbrauchs des Gebietes hat es aber nie gegeben. Der letzte Friedensweg hatte immerhin etwa 1000 Teilnehmer — gut viermal soviel wie bisher üblich. Denn eines ist inzwischen klar geworden: Eine sowohl militärische als auch zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ... kann und wird es nicht geben.

Die Bundeswehr ist gegenwärtig dabei, an den Menschen unseres Landes und auch an den Landespolitikern vorbei vollendete Tatsachen zu schaffen. Vor 4 Wochen hat sie den Übungsplatz übernommen und zwar in vollem Umfang, und nicht, wie angekündigt, unter Verzicht auf den südlichen Teil. Tausende von Pfählen wurden aufgestellt, in Kürze werden daran wohl Schilder prangen, die das Weitergehen ziemlich unwirsch verbieten wollen, und auch der Schußwaffengebrauch wird auf solchen Schildern angekündigt. Im Moment aber habe ich mit Freuden registriert, daß an den Pfählen Bilder mit einem durchgestrichenen Stahlhelm hängen. Die Colbitz-Letzlinger Heide

ist keine Kaserne, und die Bewohner der Region sind keine Befehlsempräfänger. Sie lassen sich den Zutritt zu einem der schönsten ... Gebiete Sachsen-Anhalts nicht weiter und wieder verbieten.

... Herr Minister Rühe will dort Gerechtigkeit herstellen. Die Verteidigungslasten sollen nämlich gerecht verteilt werden, Ostdeutschland soll einen angemessenen Beitrag dazu leisten. Dieser Beitrag ist so angemessen wie die Politik der Bundesregierung überhaupt: Wird die Heide wieder Truppenübungsplatz, kommt auf einen Einwohner des Landes Sachsen-Anhalt die dreibis achtfache Übungsplatzfläche wie auf einen Bewohner der alten Bundesländer ...

Und die Arbeitsplätze natürlich: 220000 Zivilbeschäftigte hat die Bundeswehr gegenwärtig, fast 70000 Stellen davon sollen abgebaut werden. Aber ein paar Dutzend Arbeitsplätze werden für den neuen Militärbetrieb schon abfallen. Es bleibt zu fragen: Was kosten die den Steuerzahler? Was ist der ökologische Preis? Wieviel Arbeitsplätze werden vernichtet oder verhindert? Lassen wir dazu Frau Heidrun Wehde, Vorsitzende des Fremdenverkehrsvereins Colbitz-Letzlinger Heide e. V., zu Wort kommen: „Für unsere 83 Vereinsmitglieder (Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen, Campingplätze, Gaststätten) bedeutet militärischer Übungsbetrieb Mindereinnahmen, die bis zum Ruin der Betriebe führen können. Als

unmittelbar betroffene Institution fordern wir die zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide, um unsere begonnene Arbeit fortführen zu können.“...

Lassen sie mich zum Ende meiner Ausführungen noch kurz auf Naturschutz und Naturparkentwicklung eingehen: Der Naturpark ist tatsächlich die Alternative — aus unserer Sicht die einzige — zum Truppenübungsplatz. Aber in den letzten Jahren sind für die entsprechende konzeptionelle Entwicklung kaum Mittel eingesetzt worden, wenn ich das z. B. mal mit den Aufwendungen für den benachbarten Drömling vergleiche. Trotzdem hat der Förderverein „Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide“ das Naturparkkonzept in Arbeit und wird es voraussichtlich in etwa zwei Monaten der Landesregierung und dem Landtag vorlegen. Er schöpft dabei hauptsächlich aus den Arbeiten ehrenamtlicher Naturschützer, die in jahrelanger Kleinarbeit eine Vielzahl von Forschungsergebnissen zusammengetragen haben und nun zu recht darauf hoffen, daß ihre Vorschläge Berücksichtigung finden ... Zur Entwicklung des Naturparks bedarf es nicht der Milliardensummen, wie sie die Bundeswehr ... verpulvern will. Ein Bruchteil dieser Summe wird ausreichend sein, diese Mittel müssen wir als Land aber bereitstellen, und darum müssen wir auch in Bonn kämpfen.

(aus: „LandtagsReport“ der PDS Sachsen-Anhalt Nr. 8/94, gekürzt)

Verhindert Kanther Aufklärung der „Mykonos“-Morde?

Kanther verbietet Aussagen, die den iranischen Geheimdienst belasten

Trotz der Gegenvorstellungen des Vorsitzenden Richters Kubsch ist es am Freitag, dem 14.10., in der Verhandlung im „Mykonos“-Prozeß bei den von Innenminister Kanther verfügbaren Aussageverboten geblieben. Gehört worden ist der Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz K. Grünewald. In seine Abteilung fällt die Zuständigkeit für die Beobachtung der Tätigkeit des iranischen Geheimdienstes. Ein hier angefertigter Bericht enthält Hinweise, die zur Aufklärung der Morde an vier kurdischen Spitzenpolitikern der „Demokratischen Partei der Kurden im Iran“ (DPKI) beitragen würden. Grünewald durfte aber nur mitteilen, daß der Hauptangeklagte Kazem Darabi als Agent für den iranischen Nachrichtendienst VEVAG tätig war, eine Tatsache, die dem Gericht bereits bekannt war.

Zahlreiche deutsche Staatsbeamte und Politiker sind bemüht, die Aufklärung der Tat, die man tatsächlich unter den CDU-Propagandabegriff „Organisierte Kriminalität“ fassen kann, zu behindern. So wurde die Existenz des in Frage stehenden Berichtes noch im Frühjahr vom Geheimdienstkoordinator Schmidbauer unter Eid geleugnet. Inzwischen mußte er sowohl die Existenz des Berichtes der Arbeitsgruppe Iran zugeben wie auch die Tatsache, daß er ihm vorgelegt worden ist, nur gelesen will er ihn nicht haben. Am Freitag nun brachte der Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Jeschke, eine ihm zugeleitete Kopie des Geheimdienstberichtes in das Verfahren ein. Sie enthält unter anderem folgende Aussage: „Neben Darabi und seinem Berliner Umfeld waren auch Angehörige iranischer Nachrichtendienste unmittelbar an den Tatvorbereitungen beteiligt. So sind iranische ND-Angehörige vor der Tat in Deutschland, auch in Berlin, gewesen und haben Täterschaften sowie Fluchtwege auskundschaftet.“ Nach dem Attentat habe es „konkrete Spuren, die die vermutete Verwicklung der Residentur in terroristische Aktivitäten bestätigen“, gegeben. Bei der Residentur handelt es sich um die Schaltzentrale des iranischen Geheimdienstes in der Bonner Botschaft, die nach der Darstellung des Vertreters der Nebenklage die Aktivitäten in ganz Europa lenkt.

Der Verdacht liegt nahe, daß auch der Vertreter der Anklage, Bundesanwalt Jost, von den guten Beziehungen der Bundesrepublik zum Iran, der wirtschaftlichen Bedeutung als zweitgrößter Handelspartner mit etwa 8 Mrd. Mark Exportvolumen 1992 mehr beeindruckt ist, als sich mit seiner Aufgabe der Aufklärung vierfachen Mordes vereinbaren läßt. Er sprach sich nämlich gegen den Antrag der Nebenklage aus, Direktor

Zeugenbespitzelung

Berlin. Dem Journalisten Michael Brestrich ist die protokollarische Mitschrift der Verhandlungen im „Mykonos“-Prozeß untersagt worden. Zuvor hatte er die Zeugenaussagen mitgeschrieben und Kontakt zu etwa jedem zweiten der arabisch-sprachigen Zeugen aufgenommen und ihnen seine brüderliche Hilfe angeboten. Brestrich ist seit Jahren mit dem Hauptangeklagten Darabi bekannt und von diesem in die Schia, die schiitische Religion, eingewiesen worden. In der Begründung für das Verbot mitzuschreiben heißt es: „Die schriftlichen Aufzeichnungen verwendet er nicht für eigene, von ihm verfaßte Prozeßberichte, sondern leitet sie über das Iranische Generalkonsulat der IRNA zu, das nach seinen Angaben der Nachrichtenagentur eine Art Amtshilfe leistet. Diese Art der Behandlung der schriftlichen Aufzeichnungen eröffnet dem Generalkonsulat die Möglichkeit des Zugriffs auf die Unterlagen. Das wiederum läßt ernstlich besorgen, daß die Aufzeichnungen entweder unmittelbar oder über die Nachrichtenagentur IRNA dem iranischen Geheimdienst zur Auswertung zugeleitet werden ... Hieraus leitet sich die naheliegende Gefahr ab, daß Zeugen nicht mehr unbefangen aussagen, sondern entweder aus Angst vor drohenden Nachteilen mit ihren Auskünften zurückhalten oder sich bestimmen lassen, sich bei den Empfängern der schriftlichen Aufzeichnungen anzubiedern ...“

Quelle: Der Tagesspiegel vom 13.10.94

Grünewald zu befragen, ob die vorliegende Kopie des Berichtes mit dem Original des Berichtes der „Arbeitsgruppe Iran“ übereinstimmt. Über die Zulassung der Frage ist noch nicht entschieden, aber offensichtlich ist dem Bundesinnenminister durch das Eingreifen des Staatsanwaltes die Möglichkeit gegeben, die Beantwortung der Frage ausdrücklich zu untersagen und damit erneut die Aufklärung zu behindern, ja, ein solches Verfahren wird sogar durch

die Argumentation des Staatsanwaltes nahegelegt.

Das Verhalten des Bundesanwaltes Jost reiht sich ein in eine ganze Reihe merkwürdiger Vorkommnisse: So war aus dem Geheimdienstkoordinator Schmidbauer im Frühjahr vor Gericht nur mühsam herauszuholen, daß der Iran von der Bundesregierung verlangt hat, den „Mykonos“-Prozeß niederzuschlagen. Im Februar 1992 hatte der Bundesverfassungsschutz die Berliner Verfassungsschützer angewiesen, Darabi elektronisch zu überwachen. Dies wurde aber von der CDU-Rechtsaußen-Heckelmann unterstehenden Behörde erst ab 25.9.1992 ausgeführt, also eine Woche nach den Morden. Es sieht also so aus, als ob Kanther auch seinen Parteifreund, dem vom Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses schwerwiegende Versäumnisse angelastet worden sind, deckt. Der iranische Geheimdienst bezog Computer und Fotogeräte vom BND für nachrichtendienstliche Zwecke, und Agenten wurden in Pullach ausgebildet. Obwohl seit dem Aufruf zum Mord an dem Schriftsteller Salman Rushdie andere Geheimdienste Kontakte mit dem iranischen ND ablehnen, traf sich Schmidbauer 1993 mit Fallahian, dem Chef des „Ministeriums für Information und Sicherheit“ (MOIS), dessen Agenten in der iranischen Botschaft in Bonn nach dem bereits zitierten Bericht der Arbeitsgruppe Iran den Mord an den kurdischen Politikern im „Mykonos“ unter der Bezeichnung „Bozorg Allawi“ geplant haben. Fallahian führte bei dieser Gelegenheit nicht nur intensive Gespräche mit dem Geheimdienstkoordinator, sondern besuchte auch den BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Bundesregierung läßt den Ausbau der iranischen Botschaft zu einer Geheimdienstzentrale zu, der das übliche Maß des Mißbrauchs solcher Einrichtungen weit überschreitet und direkt zur Bespitzelung, Einschüchterung, Infiltration und Denunziation der in der Bundesrepublik lebenden Iraner benutzt wird. — (chk)

Quellen: Tagesspiegel, 28.9., 15.10.; Geheim 3/94; Der Spiegel 41/94



Energiewirtschaft Ost in Westhand

Mit dem Anfang September besiegelten Verkauf der ostdeutschen Großkraftwerke und des Überland-Stromnetzes in Form der Vereinigten Energiewerke AG (Veag) sowie der Lausitzer Braunkohle in Form der Laubag ist nun die gesamte ostdeutsche Energiewirtschaft privatisiert. Käufer und Nutznießer sind die westdeutschen Stromkonzerne. Diese Konstellation lag schon dem Stromvertrag zugrunde, mit dem die letzte DDR-Regierung den drei „Großen“ der Branche — RWE, Preussen Elektra und Bayernwerk — nahezu im Handstreich die gesamte DDR-Energiebasis übertrug.

RWE gelang es sogar, einen Mann aus den eigenen Reihen über drei Jahre als Vorstandsvorsitzenden der treuhänderigen Laubag agieren zu lassen. Derselbe führte dann als neugekürzter Vorstandschef von Rheinbraun die Verhandlungen mit der Treuhand, kaufte praktisch die Firma, die er aus dem Effeff kannte. Wie stark das Interesse sein mußte, die Ost-Energiewirtschaft völlig unter Kontrolle zu haben, läßt sich auch daran ablesen, wie rigoros Unternehmensbeteiligungen der betroffenen Ostländer Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt abgeschnitten, die Länder in den Aufsichtsrat verbannt wurden.

Für Laubag und Veag ist ein Kaufpreis von insgesamt 10 Mrd. Mark vereinbart worden. In beiden Firmen sollen in den nächsten 20 Jahren 30 Mrd. Mark investiert werden. 80000 Menschen waren 1989 noch bei Laubag und Veag tätig, jetzt werden noch 24000 übernommen, langfristig jedoch nur 15000 Arbeitsplätze „garantiert“. Die Braunkohleförderung ist von 1989 200 Millionen Tonnen bis 1993 auf 87 Millionen Tonnen zurückgegangen, die Brückerzeugung hat sich auf 5 Millionen Tonnen fast halbiert.

— (mio)

Ost-Kommunen kämpfen um Stadtwerkegründungen

„Blockadepolitik“ und „unkooperatives Verhalten“ hat der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) ostdeutschen Regionalversorgern bei der Umsetzung des sogenannten Stromkompromisses vorgeworfen.

Im vergangenen Jahr hatten sich die ostdeutschen Kommunen und die regionalen Stromversorger, hinter denen insbesondere die westdeutschen Stromkonzerne RWE, Preussen Elektra und Bayernwerk stehen, vor dem Bundesverfassungsgericht darauf geeinigt, daß die Städte in den neuen Ländern eigene Stadtwerke gründen können, dafür aber ihren Anteil von 49 % an den regionalen Energieversorgern aufgeben müssen. Kommunen, die von diesem Recht Gebrauch machen wollen, kommen jedoch bislang kaum zum Zug. Während die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern generell verhindern wollte, daß kleinere Städte ihre Stromversorgung übernehmen, komme es der Brandenburger auf die Erhaltung der Lausitzer Braunkohle an, die von den regionalen Versorgern überwiegend verwendet wird.

Für die Kommunen ist die Verwendung von billigem russischen Erdgas oft günstiger. Die brandenburgische Landesregierung hat von 33 Anträgen erst über 8 positiv entschieden. Insgesamt hätten von 147 Städten und Gemeinden erst 82 eine Genehmigung erhalten, einzelne seien auch abgelehnt worden. Die Stadtwerke im mecklenburgischen Hagenow wollen notfalls wiederum vor das Bundesverfassungsgericht gehen. — (mio)

„Anschlag auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit der IGM“

Ein neues Papier aus der IGM-„Grundsatzabteilung“

M etaller rechnen schroff mit Kaderpolitik in Gewerkschaft ab.“ Unter dieser Überschrift berichtete die *Frankfurter Rundschau* (FR) am 1. September 1994 über ein Papier aus der „Grundsatzabteilung“ des Vorsitzenden der IG Metall, Klaus Zwickel. Die Einleitung des FR-Artikels zitiert Aussagen der IGM-Grundsatzstrategie: „In der Bildungsarbeit der Industriegewerkschaft Metall, einem Kernstück der Gewerkschaftsarbeit, werde ‚eliteäre Kaderpolitik‘ und ‚politisches Bewußtseinstraining‘ betrieben. Die Bildungsstätten der Gewerkschaft seien zu einem ‚Refugium sozialistischen Denkens‘ geworden und nach außen hin ‚nicht vorzeigbar‘. Das sind die Kernvorwürfe eines Papiers aus der Grundsatzabteilung der IG Metall, das in der Organisation hohe Wellen schlägt.“

Für alle, die die Existenz eines solchen Papiers bisher vielleicht noch für eine Zeitungsentete, eine gezielte Provokation aus dem Lager der Unternehmer oder der Reaktion — z.B. der CSU — hielten, hat Kollege Zwickel zwischenzeitlich die letzten Zweifel beseitigt. Das von der FR kommentierte Papier stammt tatsächlich aus seiner „Grundsatzabteilung“. Er ist gerade deswegen bemüht, die „hohen Wellen“ in der Organisation zu glätten. Laut FR vom 9. September 1994 „schrieb Zwickel jetzt an die Verwaltungsstellen, Bezirksleitungen, Bildungsstätten und Abteilungen in der Frankfurter Zentrale. Alle Funktionäre sollten ‚Überreaktionen‘ nicht zulassen.“

„Modernisierung und Weiterentwicklung“

Seit mehr als 25 Jahren mache ich bei der IGM ehrenamtlich Bildungsarbeit. Da habe ich zuerst gelernt, daß ohne Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Realitäten keine auf Tatsachen beruhende Bildungsarbeit und gewerkschaftliche Politik möglich ist. Das ist, unabhängig von der offiziellen Vorstandspolitik, weitgehend der bisherige Stand in der IGM. Jetzt erklärt die „Grundsatzabteilung“ des IGM-Vorstandes in ihrem Papier:

„An der Notwendigkeit der Modernisierung und Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit unter den grundlegend veränderten gesellschaftlichen Bedingungen führt kein Weg vorbei.“

In diesem Satz behaupten die Grundsatzspezialisten, die gesellschaftlichen Bedingungen hätten sich grundlegend verändert. Sie meinen damit nicht, daß sich die Machtverhältnisse, die Macht des Kapitals in dieser Gesellschaft seit 1989 weiter und „grundlegend“ zuun- gunsten der Arbeiter und Angestellten, der breiten Schichten der Werktätigen und der Gewerkschaften „verändert“ haben. Wie man ihren Aussagen und Schlußfolgerungen entnehmen kann, erklären sie entgegen aller praktischen Erfahrung und der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit das genaue Gegen- ill.

So stellen sie in ihrem Papier fest: Die Bildungsarbeit der IG Metall war dest bis 1990 ein wichtiges Ein-

fallstor für ideologisch-dogmatische und doktrinäre Gesinnungsmuster.“ Bis 1990? Also solange es die DDR, die Sowjetunion, kurz die sozialistischen Staaten gab. Die sollen die Bildungsarbeit der IGM behindert und die Kampfkraft der Gewerkschaft geschwächt haben?

Schließung der „Einfallstore“

Die DDR und die sozialistischen Länder Osteuropas gibt es nicht mehr. Jetzt wird mit diesem der IGM-Führung und allen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen seit jeher verhafteten Kapitel abgerechnet. Die Grundsatzreferenten der IGM lassen deshalb keinen Zweifel daran, wie sie die Bildungsarbeit „modernisieren“ und „weiterentwickeln“ wollen. Ganz offen sagen sie, mit welchen bildungspolitischen Inhalten sie „grundlegend“, radikal und endgültig abrechnen wollen und auf welche Art und Weise die „Einfallstore“ verschwinden sollen. So heißt es z.B. auf den Seiten 2 und 14 ihres Papiers:



„Inhaltliches Kernstück der grundlegenden Seminare ist der sogenannte Interessengegensatz bzw. der Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital. Diese allen Seminaren der IG-Metall-Bildungsarbeit zugrunde liegende Basisphilosophie spaltet Betrieb und Gesellschaft säuberlich in zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager. Damit wird ein bipolares Denken gefördert, das die Welt holzschnittartig interpretiert. Dieses Freund-Feind-Denken steht nicht nur im Widerspruch zu den Lebenserfahrungen der Seminarteilnehmer, es führt notwendigerweise auch dazu, die Realität nur noch in Ausschnitten wahrzunehmen und alles auszusgrenzen, was nicht in diese Sichtweise paßt.“

Die neue Sichtweise

Doch lesen wir weiter. Auf Seite 5 des Papiers steht, welche „Sichtweise“ die Grundsatzabteilung der IGM den Gewerkschaften verpassen will:

„Die Bildungsarbeit der IG Metall muß aus ihrer selbstgewählten Isolierung und ihrer ideologischen Wagen-

burg herausgeführt werden. Dabei geht es zunächst darum, den Interessengegensatz bzw. den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit aus dem anmaßenden Monopol der Deutung und Interpretation gesellschaftlicher Entwicklungen herauszulösen und ihn in eine Gesamtstrategie einzurichten. Der Rückzug der Bildungsarbeit auf das ideologische Grundmuster des Interessengegensatzes hat bisher verhindert, daß die Bildungsarbeit auf der Grundlage einer ‚intelligenten Kapitalismusanalyse‘ zeitgemäße Antworten auf Strukturwandel und Zukunftsfähigkeit gefunden hat. Die ideologischen Orientierungsprobleme, insbesondere nach 1989, und das Unvermögen, in einem offenen gesellschaftlichen Prozeß die eigenen Positionen zu definieren und durchzusetzen, hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Bildungsarbeit in der IG Metall wiederum in alte Formelwahrheiten geflüchtet ist.“

Die „intelligente Kapitalismusanalyse“

Reform und Erneuerung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der IG Metall



Abteilung Grundsatzfragen
August 1994

flikt und Widerspruch zur offiziellen Politik der Gewerkschaftsführung. Das trifft allerdings auch für manche Betriebsratsfürsten zu, die sich dadurch in ihrer Ruhe oder Zusammenarbeit mit dem Kapital gestört fühlen. In diesem Sinne ging und geht es z.B. darum, was die Arbeiter wissen dürfen oder was ihnen noch nicht gesagt werden kann, weil sie dafür angeblich noch nicht reif genug sind.

Häufig waren deswegen in der Vergangenheit die Bildungsinhalte und die Referenten an den Gewerkschaftsschulen das Ziel von Angriffen aus den eigenen Reihen. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre lernte ich z.B. bei meinen ersten Seminaren bei der IGM das Kommunistische Manifest kennen. Ich war davon so fasziniert, daß ich es sofort kaufte. Von Referenten erfuhr ich damals, daß sie vom Vorstand zurückgepfiffen wurden, weil aufgrund der Bildungsarbeit zuviel Kollegen anstatt in die SPD in die DKP eintraten.

1887 schrieb der revolutionäre Sozialdemokrat und Verfasser vieler schulpolitischer und pädagogischer Schriften Wilhelm Liebknecht: „Das Volk soll nichts wissen, weil es sonst nicht länger regierbar ist. In dieser Beziehung sind unsere falschen Staatsmänner ebenso pfiffig und radikal wie die Sklavenbarone des amerikanischen Südens. Die Aufklärung des Arbeiters ist das schwerste Verbrechen.“

Unsere Gewerkschaftsführer müßten gegen sich selber vorgehen, wenn sie sich dieses „schwerste Verbrechen“ trauen könnten. Nach 1989 können sie sich das noch viel weniger leisten. Seitdem ist der „dritte Mann“ nicht mehr da. Nach ihren eigenen Aussagen „saß die DDR bei gewerkschaftlichen Forderungen immer unsichtbar mit am Verhandlungstisch“.

Weitere Schwächung der Arbeiterbewegung

Als sich das deutsche Monopolkapital den „dritten Mann“ 1989 unter die Nase riß, haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu dieser Niederlage der Arbeiterbewegung laut Beifall geklatscht. Das hat die Erwartungen des Kapitals und der Kohl-Regierung an die „Mitarbeit“ und „Mithilfe“ der Gewerkschaften zur Lösung der „Probleme der deutschen Einheit“ außerordentlich gesteigert. Entsprechend ist der Druck auf die Gewerkschaftsführer zur Anpassung an die Kapitalinteressen angewachsen. In ihre daraus verstärkt resultierende Politik des „Zu-Kreuz-Kriechens“ vor dem Kapital, des Aufgebens von immer mehr gewerkschaftli-

chen Grundsatzpositionen sowie der „Solidar- und sonstigen Pakte“ paßt keine Aufklärung der Arbeiter.

Der Schlag der Grundsatzstrategen der IGM geht deswegen konsequenterweise genau gegen die Seminare, die sich mit der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit auseinandersetzen. Es geht ihnen um die ideologische Entwaffnung der Arbeiterbewegung. Sie sagen: „... deutliche Reduzierung der sogenannten grundlagenbildenden Seminare zugunsten handlungs- und zielgruppenorientierter Fachseminare gehört zu den dringendsten Aufgaben. Dazu eine zügige Überarbeitung der Leitfäden und Materialien unter Beteiligung von Fachleuten aus der Vorstandsvorwaltung, externen Wissenschaftlern und Betriebspaktrikern.“

„Externe“, vielleicht „unabhängige Nichtorganisierte“, sind gefragt. Für die eigenen Kolleginnen und Kollegen und möglichen Kritiker ihrer Vorschläge haben die „Grundsätzler“ eine „intelligente, zeitgemäße, zukunftsfähige Lösung“ gefunden. Sie schlagen vor: „Von Kolleginnen und Kollegen, die sich einem solchen Prozeß verweigern oder entgegenstellen, muß die Organisation sich trennen. Hier wären Angebote für den Vorruhstand bzw. Abfindungen denkbar, als letztes Mittel betriebsbedingte Kündigungen.“

Die Konsequenz: Die Organisation muß sich nicht nur von den hauptamtlich Beschäftigten, sondern auch von den Mitgliedern trennen, „die sich einem solchen Prozeß entgegenstellen“. Das ist die Spaltung und Schwächung

der IG Metall als Ergebnis der „intelligenten Kapitalismusanalyse“ der direkten Angestellten des IGM-Vorstandes.

„Flexibilisierung“ der Seminare

Das ist jedoch längst nicht alles, was die Grundsatzabteilung fordert. Da heißt es: „Es gilt ..., jenen Funktionärsgruppen innerhalb der IG Metall inhaltlich-politische Angebote zu machen, die die Bildungsarbeit in der Vergangenheit ignoriert haben. Dies bedeutet mehr Flexibilität bei den Seminarangeboten im Zusammenhang mit deutlich kürzeren Seminarzeiten. Die Funktionäre/innen vor Ort brauchen konkret auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene aktuelle und kurzfristige Seminarangebote.“

Mit der Forderung nach kürzeren Seminarzeiten werden die „Grundsätze“ des Kapitals für die „Bildung“ unserer Funktionäre und der Betriebsräte, nach Kürzung und Abschaffung des Bildungslaufs übernommen und unterstützt. In demagogischer Weise wird wie oben (gleich ganze Funktionärsgruppen haben die Bildungsarbeit ignoriert) an anderer Stelle die Bildungsarbeit für den tatsächlichen Rückgang der Seminarteilnehmer verantwortlich gemacht. Daß dieser Rückgang etwas mit der Situation in den Betrieben, mit Erpressung durchs Kapital, mit Angst, Entlassungen und Erwerbslosigkeit, evtl. mit Betriebsräten zu tun hat, die sich ihre Arbeit im Betrieb nicht gerne im Spiegel ansehen möchten, wird nicht untersucht. Noch viel weniger die offizielle Politik der Gewerkschaftsführung, die zwangsläufig Auswirkungen auf die Bildungsarbeit haben muß.

„Grundsatzpapier“ der IGM-Vorstandabteilung gemachten Aussagen einzugehen. Auf eines will ich jedoch noch hinweisen. Dieses aus der Feder der IGM-Grundsatzreferenten Schröder, Schabedoth und Kowalski stammende Papier ist kein Zufall. Es spricht nach meiner Meinung viel dafür, daß es auf der Basis: „Schreibt mal was!“ als Auftragsarbeit entstanden ist. Da mag der Vorsitzende der IG Metall noch so unschuldig rumtun, wie er will. Tatsache ist: Es ist ganz bewußt im Stil eines gegen die Gewerkschaften gerichteten antikommunistischen Hetzpapiers gegen die Bildungsarbeit geschrieben.

In der Regel stammen solche Hetzschriften aus dem Lager des Kapitals und der Reaktion. Wir verwenden diese Schriften in der Bildungsarbeit, um zu zeigen, mit welchen Mitteln, Methoden und Verleumdungen gegen die Gewerkschaften gearbeitet wird. Das Ziel dabei ist: Beeinflussung der Gewerkschaftsmitglieder, um Forderungen abzublocken und die Arbeiterbewegung zu schwächen. Mit dem Auftauchen einer solchen Schrift in der IG Metall soll mit den gleichen Mitteln eine politische Richtungsänderung durchgesetzt, die Worte den Taten, die Bildungsarbeit der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer angepaßt werden. Was sich dabei in der IG Metall als der stärkste Einzelgewerkschaft von den „neuen Grundsätzen“ durchsetzen läßt, hängt vom Widerstand innerhalb der IGM ab. Mit einem Abkömmling aus dem IGM-Vorstand an der Spitze des DGB wird es in jedem Fall Auswirkungen für die ganze Gewerkschaftsbewegung in diesem Land haben.

— (Ludwig Jost)

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Autor und Redaktion aus der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) Nr. 258 vom 16.9.1994)



Von der bildungspolitischen Konferenz der IG Metall

Bericht von der Tagung in Sprockhövel vom 22. bis 24. September

Die Bildungsarbeit hat immer etwas mit dem jeweiligen Stand der IG Metall zu tun“ (Siegfried Bleicher, Vorstandsmitglied der IGM, zuständig für die Bildungsarbeit, in: „Der Gewerkschafter“ Nr. 9/94)

Im großen Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel fand vom 22. bis 24. September 1994 die Bildungspolitische Konferenz der IGM statt. Der IGM-Vorstand hatte ihr eine besondere Funktion zugedacht.

Die Provokation mit dem Wochen vorher von seiner Grundsatzabteilung „auf dem Flur verlorenen“ sogenannten Grundsatzpapier war dafür als Test der Stimmungslage gedacht. Es sollte herausgefunden werden, was sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt in aller Offenheit an politischer Richtungsänderung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit innerhalb der IGM sagen und durchsetzen läßt. Die Bildungspolitische Konferenz sollte dann die neuen Grundsätze nageln.

Empörte Reaktionen auf dieses Grundsatzpapier aus der Vorstandsetage, aus den Bildungsstätten und von vielen Kolleginnen und Kollegen, die Bildungsarbeit in den Bezirken und Verwaltungsstellen machen, haben den dafür verantwortlichen Kräften und „Erneuerern“ im IGM-Vorstand gezeigt, wo die Grenzen sind.

Die Grundsatzabteilung ist schuld

Entsprechend war ihre Reaktion. Bedenken mußten zerstreut, Mißtrauen abgebaut werden, und der IGM-Vorstand sollte schnellstens aus der Schußlinie. Darum stellte er sich an die Spitze der Empörten. Die Grundsatzabteilung ist schuld. Damit niemand auf den Gedanken kommt, daß das vielleicht doch ein abgekartetes Spiel sein könnte, wird das für die Bildungsarbeit zuständige Vorstandsmitglied, Kollege Bleicher, auf sie angesetzt. In der Funktionärszeitschrift *Der Gewerkschafter* 9/94 wird er dann vor der Konferenz in Sprockhövel zitiert: „Das Klima für eine Reformdebatte der Bildungsarbeit ist in den vergangenen Wochen nicht eben günstiger geworden. Längst überwunden geglaubte Grabenkämpfe, geschrägt durch ein Papier der Grundsatzabteilung des IG-Metall-Vorstands, reißen wieder auf und drohen den Entwicklungsprozeß zu ersticken.“

Diese Politik tut ihre Wirkung. „So gut habe ich den Bleicher noch nie gehört“, erzählte mir begeistert ein Kollege von der Konferenz in Sprockhövel. Viele andere Kolleginnen und Kollegen, die dort waren, berichten von der großen Empörung bei allen, die Bil-

dungsarbeit in der IGM machen. Es heißt unter anderem: „Die Konferenz hat das ‚Grundsatzpapier‘ schärfstens zurückgewiesen, mit seinen Thesen abgerechnet und knallhart die eigenen Positionen genagelt.“

Es ist zunächst ein Erfolg des innergewerkschaftlichen Widerstandes, der Bildungsarbeit selber, daß es der IGM-Führung nicht gelungen ist, ihre „neuen Grundsätze“ so einfach durchzusetzen und die jahrelang aufgebaute Bildungsarbeit mit ein paar Federstrichen niederrütteln, um „sie dem jeweiligen Stand der IG Metall anzupassen“, so wie es Kollege Bleicher sinngemäß ausgedrückt hat.

Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen hat nach der Konferenz in Sprockhövel die Auffassung vertreten oder erzählt, das Papier sei zurückgezogen. Das trifft nicht zu. Die IGM-Führungsstufe hatte schon vorher erklärt: Das „Papier“ ist nicht unterschrieben und damit auch nicht „autorisiert“. Was nicht autorisiert (= lat. berechtigt) ist, braucht auch nicht zurückgezogen zu werden. Es ist da, aber es gilt als nicht erschienen.

Auch die Grundsatzabteilung wurde nicht aufgelöst, und die Verfasser des Grundsatzpapiers sind nicht aus der Organisation geflogen. „Man muß über alles reden können“, hat ihr Leiter, Kollege Kuhlmann, als Rechtfertigung in

Sprockhövel gesagt. Damit ist der Weg frei gehalten für die Politik mit den nächsten nicht unterschriebenen und nicht autorisierten Papieren. Das erste hat seine Funktion erfüllt. Es hat die Gegenpositionen, die Argumente und die Widerstandsnester in der IGM offen gemacht.

Auf dieser Grundlage läßt sich ein neues „Grundsatzpapier“ schreiben. Ich bin sicher, es wird unter anderem Namen, verschleiert geschrieben („thematisch neue Felder“), an anderer Stelle — möglicherweise als „Entschließung“ beim Gewerkschaftstag im November 1995 in Berlin — wieder auftauchen.

Aber das ist auch die Chance für die Gegenkräfte, die jetzt bei der Provokation aus dem Vorstand der IG Metall deutlich geworden sind: die Empörung und Wut zu nutzen, in allen Verwaltungsstellen jetzt rechtzeitig vor dem Gewerkschaftstag die „Entwicklungs- und Experimentierfelder“ in der Bildungsarbeit zu nutzen. Die Politik der Grundsatzabteilung und der IGM-Führungsspitze, bei der die Gewerkschaften ans Messer geliefert werden, kann mit Anträgen an den Gewerkschaftstag durchkreuzt und gestoppt werden. Es liegt jetzt an den fortschrittlichen Kräften in der IG Metall, den Kampf darum zu führen. — (Ludwig Jost)

(Nachdruck aus: „KAZ“ Nr. 259)

betr.: „BRD/RAF“

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf beantragt Einziehung der Dokumentation „BRD — RAF“

In der Auseinandersetzung um die im GNN-Verlag in sechster Auflage erschienene Dokumentation des Konflikts „Bundesrepublik Deutschland — Rote Armee Fraktion“ ist folgender Stand zu berichten:

Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf hat die Strafverfolgung von zwei Geschäftsführern des Verlags nach § 129a eingestellt, im wesentlichen wegen Verjährung, gleichzeitig hat sie beim 6. Strafseminat des OLG Düsseldorf die Einziehung der knapp 1000 beschlagnahmten Exemplare der Dokumentation beantragt. Die Begründung für den Einziehungsantrag ist, weil sie selbst den überaus dehnbaren Rahmen des § 129a sprengt, willkürlich, gefährlich und von über den Fall hinausreichender Bedeutung. Die Dokumentation soll nämlich, so die Argumentation, deshalb für die im Sinne des § 129a terroristische Vereinigung RAF werben, weil sie sich mit der Politik und den Taten von Staatsorganen bei der Verfolgung der RAF kritisch befaßt.

Weil die Redaktion im Vorwort die RAF als „Opposition“ bezeichne und (in Würdigung der dokumentierten Texte aus dem Bereich von Staat und gesellschaftlichem Überbau) auf ein Bestreben des Staates hinweise, den gesetzlichen Raum zu verlassen, soll sie der RAF den Anstrich demokratischer Legitimation verschafft und den Staat in den Bereich der Illegalität gerückt haben. Weil die Dokumentation die Entstehung der RAF, deren programatische, politische und personelle Wurzeln aus der außerparlamentarischen Oppo-

sition stammen, nicht aus dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklungen herausreißt, werde, so der Staatsanwalt, der Staat für die RAF verantwortlich gemacht. Zum Beweis führt er in stupider Wiederholung etliche von der Redaktion verfaßte kurze Texte an: so etwa die Erinnerung an Katharina Hammerschmidt, die nach ihrer Entlassung an einem Tumor starb — ihr war in der U-Haft die rechtzeitige Behandlung verweigert worden. Bei dieser und anderen inkriminierten Textstellen handelt es sich um Tatsachenbehauptungen, für die es ungezählte Belege und Beweise — teils in Dokumenten von staatlichen Stellen selbst — gibt und die in der zeitgeschichtlichen Diskussion ernsthaft nicht bestritten werden.

So will der Staatsanwalt als „Werb...“ verstanden wissen, daß die Redaktion in einem einleitenden Satz zu einer Regierungserklärung von Helmut Schmidt von staatlicher Kriegsführung spricht. Ganz abgesehen davon, daß z.B. das BKA die Verfolgung der RAF selbst als Kriegsführung verstanden und sie oft und oft auch so charakterisiert hat, ist doch auffällig, daß die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf und die hinter ihr agierende Bundesanwaltschaft ganz in der Logik staatlicher Kriegsführung argumentieren. Was sie an der Darstellung der Broschüre stört, ist also nicht eine Werbung für die RAF, sondern die Dokumentation und Erinnerung an Taten auf der staatlichen Seite.

Wir erinnern an solche Taten, weil wir

AUSGEWAHLTE DOKUMENTE DER ZEITGESCHICHTE

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (BRD)



ROTE ARMEE FRAKTION (RAF)

TERMINE

21.10. Herbsttagung der GNN-Verlag in Köln, Beginn 14 Uhr.

22.10. Herbsttagung des Arbeitskreis Politische Berichte in Köln, ab 9 Uhr.

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

26./27.11. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongreß zur Beschlusßfassung über der Satzungsentwurf. Köln, JH K.-Deutz.

10.12. Bundesweite Demonstration gegen die Tagung des Europäischen Rates in Essen, 12 bis 17 Uhr.

Sonntag, 11.12.: Gegenkongreß mit vier thematischen Foren, Abschlußdiskussion zu Perspektiven des Widerstandes in Europa

5.—8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66,

50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722,

68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler

(über: GNN, Schwanthaler Str. 139,

80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg),

Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1,

04435 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C,

10967 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer;

für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Graue Wölfe, Islam und türkischer Staat

Hintergründe, Geldgeber und Ziele

rechter und islamischer Gruppen unter

Migranten und Migrantinnen in der BRD

— Versuch einer Darstellung —

Köln, September 1994

Preis: 5,— DM

Inhalt:

Türkische Republik, türkisch-kurdische Emigration in die BRD und der Islam

Die Orden und andere islamische Strömungen

Rückblick: Religiöse Konflikte und der Zerfall des Osmanischen Reiches

Ziele der islamischen Bewegungen, Voraussetzungen ihrer Verbreitung in der BRD

Internationale Institutionen, die die Verbreitung des Islam fördern

„Türkisch-Islamische Synthese“: Die Ideologie des türkischen Staates

Die religiösen Vereinigungen im einzelnen

„Graue Wölfe, Islam und türkischer Staat“ heißt eine Broschüre, die türkische, kurdische und deutsche Verfasserinnen und Verfasser aus dem Raum Köln erstellt haben und die Anfang Oktober im GNN-Verlag in Köln erschienen ist. In ihrem Vorwort schreiben die Verfasserinnen und Verfasser:

„Anlaß für die Erarbeitung dieser Broschüre waren Angriffe von türkischen Rechten aus faschistischen und / oder fundamentalistischen Kreisen in Köln auf kurdische Einrichtungen bzw. fortschrittliche türkische Vereine und Einrichtungen sowie Berichte von befreundeten Kurdinnen und Kurden, Türkinnen und Türken über eine beunruhigende Zunahme fundamentalistischer Aktivitäten in der Region: Besuche des „Wohlfahrtspartei“-Vorsitzenden Erbakan in Köln, sog. „Kulturveranstaltungen“ der faschistischen „Grauen Wölfe“ in sog. „Moscheen“ bis hin zum Einsatz von Schußwaffen gegen Personen, die Werber für solche „Kulturveranstaltungen“ beim Verkleben von Plakaten stören.“

Als wir diesen Vorfällen nachgingen, stießen wir auf ein ganzes Netz türkisch-faschistischer und (ebenfalls zumeist türkischer) reaktionär-fundamentalistischer Einrichtungen in Köln, viele davon eng verbunden mit offiziellen türkischen Stellen. So gilt die „DITIB“-Zentrale in Köln zugleich als Zentrale des türkischen Geheimdienstes MIT in der BRD.

Dieses Netz ein wenig aufzudecken, seine Hintergründe, Drahtzieher, Geldgeber und Ziele zu erhellen und die von diesen Kreisen ausgehende ständige Bedrohung kurdischer und fortschrittlicher türkischer Einrichtungen und Vereine in Köln und Umgebung auch für deutsche Leserinnen und Leser verständlicher zu machen, ist ein wesentliches Anliegen unserer Broschüre. Und auf deren Zusammenwirken, oft genug gemeinsam mit türkischen und deutschen Staatsorganen, gegen fortschrittliche türkische, kurdische und deutsche Linke in der BRD.“

28 Seiten, DIN-A5, Preis 5,00 DM. Bezug: GNN-Verlag Köln, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Dem Urheber dieses Werkes, einem 15jährigen Jugendlichen aus Taufkirchen, wird vorgeworfen, mehrere S-Bahn-Züge „verschandelt“ zu haben. Nach seiner Festnahme (Weihnachten 1993) wurde er gleich 14 Tage in Neudeck gleichsam in U-Haft verbracht. Sein Prozeß läuft derzeit.



GRAFFITI — Jugendkultur mit Power

Von Eckard Gallmeier. Fotos: Andreas Friedrich

Mit diesem Detailfoto der obigen Doppeltafel lässt sich sehr schön die Technik des Sprühens nachempfinden: Man tupft nicht hier, man tupft nicht da, sondern aus der Bewegung, dem Schwung heraus entstehen Figuren und Formen „in einem Zug“.



Mit Millionenaufwand werden sie gejagt: die SprayerInnen, die S- und U-Bahn-Züge mit mehr oder weniger schönen Bildern verzieren. Werden die Jugendlichen ertappt, können ihnen die Beamten eine Reihe von Graffitis nachweisen, sind Schadensersatzforderungen in Höhe von Hunderttausenden von Mark möglich. So geschehen einem 15jährigen Jugendlichen aus Taufkirchen bei München, der nach seiner Festnahme gleich 14 Tage in U-Haft verschwand. Per Gutachter wurde ihm jetzt im Strafprozeß die „Verschandelung“ von 10 S-Bahn-Zügen zur Last gelegt.

„Wenn Jugendliche — und meist sind sie unter 18 Jahre — mit Farben ihre Umwelt verschönern, sollten wir das sehr ernst nehmen“, heißt es in der Presseerklärung des Jugendzentrums Taufkirchen zu diesem Vorfall. „Ihre Bilder setzen Zeichen in eine Welt, die durch herzlose Technokratie den Bedürfnissen der Jugendlichen, und nicht zuletzt unser aller, nach Kommunikation, Ansprache und Gehörtwerden zuwiderläuft.“

Aus dem Bayerischen Landtag tönt, daß „kein ernst zunehmender Mensch“ auf die Idee käme, die Sprühereien in München als Kunst zu betrachten. Ungeachtet dessen tun dies aber Münchner

Galerien. Werbeagenturen und Computerbüros finden die „Un-Art“ „in“, Kneipen, Discos und Tonstudios schätzen ihren „animierenden Charakter“. Hertie findet sie „dekorativ“, Das Modehaus Beck am Rathauseck „schick“. Die Stadtsparkasse findet sie „werblich“, das Münchner Stadtarchiv betrachtet Graffiti als „dokumentationswürdig“: Über fünftausend Dias haben sich dort seit 1983 angesammelt. Das Dilemma der Sprüher bleibt jedoch: Die Straffreiräume sind rar. Die Farbsprays sind teuer. Zur Profilierung bedarf es dagegen vieler Spraydosen und vieler Gelegenheiten. Und man gelnde Gelegenheit macht kriminell.

Wir zeigen auf dieser Seite einige Bilder aus dem Sommer-Workshop des Jugendzentrums Taufkirchen, der zu heftigen Reaktionen des SPD-Bürgermeisters führte. Auch die Soko „Graffiti“ der Münchner Polizei fand sich, bewaffnet mit Kamera, ein. Bildträger sind Spanplatten (286cm x 220cm), die vorher mit weißer Wandfarbe grundiert wurden.

Quellen: Heiko Schiemann/Peter Watzl, MUNICH GRAFFITI, München 1986; Presseerklärung der Münchner Grünen vom 18.1.94; Presseerklärung des Jugendzentrums E7 Taufkirchen vom 15.2.1994



Bild oben: Eine neuartige Technik zeigen Christ und Freunde aus Unterhaching. Der Hintergrund, tiefblau und schwarz, spart die Figuren aus. Das Bild bekommt etwas Schwebendes, Unwirkliches, Verträumtes.

